

Südbayer Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Südbayer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., ausserordliche Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278.

Dienstag, den 27. November 1917.

24. Jahrg.

Die preussische Wahlrechtsvorlage.

Die drei Gesetzentwürfe der preussischen Regierung über die Abgeordnetenhausreform sind jetzt endlich, wie gestern bereits gemeldet, dem Landtag zugegangen und liegen im Druck vor. Die entscheidende Bestimmung ist Paragraph 3 des neuen Gesetzes „betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten“. Er lautet:

Jeder Wähler hat eine Stimme.
Damit ist das Prinzip des Reichstagswahlrechts auch für die Wahlen des preussischen Abgeordnetenhauses anerkannt. Welch gewaltiger Fortschritt erreicht wäre, wenn diese Regierungsvorlage an Stelle des Dreiklassenwahlrechts Gesetz würde, ist jedem Wahlrechtskämpfer klar. Daß dieses Ziel wesentlich der Sozialdemokratie zu verdanken ist, liegt auf der Hand.

Bei der Betrachtung des preussischen Wahlrechtsentwurfs geht man am besten vom Reichstagswahlrecht aus. Von ihm soll sich das neue preussische Wahlrecht nur in zwei wesentlichen Punkten unterscheiden; es verlangt als Voraussetzung des Abstimmungsrechtes dreijährige Staatszugehörigkeit und einjährige Anwesenheit in der Gemeinde oder im Wahlbezirk. Das sind Kautelen gegen das gleiche Wahlrecht, durch welche die Regierung es den halbreaktionären Parteien des Abgeordnetenhauses, insbesondere Nationalliberalen und Freikonservativen, annehmbar zu machen versuchte. Es liegt auf der Hand, daß es die Arbeiterbevölkerung ist, die durch häufigen Wohnortwechsel infolge dieser Bestimmung am häufigsten ums Wahlrecht kommen wird. Diese Anwesenheitsklauseln beschränken die Gleichheit des Wahlrechts und werden deshalb von uns scharf bekämpft werden.

Das Wahlalter ist für das Wahlrecht ebenso wie im Reichstagswahlrecht auf 25 Jahre festgesetzt, für die Wählbarkeit auf 30 Jahre. Bisher war das Wahlalter in Preußen 24 Jahre. Hier ist also sogar das geltende Recht vermindert worden, angeblich um das Preussenwahlrecht dem Reichstagswahlrecht sehr anzunähern. Wohl die Hälfte der Heere, welche in diesem Kriege Deutschland verteidigen und retten, besteht aus jungen Männern unter 25 und 30 Jahren. Alle diese von Wohlrecht und Wählbarkeit auszuschließen, erscheint uns vollkommen unsinnig. Wenn je dann hätte jetzt alle Veranlassung vorgelegen, das Wahlalter allgemein auf das vollendete 20. Lebensjahr festzulegen.

Die Wahlkreiseinteilung bleibt im wesentlichen unverändert. Nur die gestern bereits von uns genannten Wahlkreise, in denen auf den Abgeordneten mehr als 250 000 Wähler kommen, erhalten einen Zusatzabgeordneten. In Zukunft soll automatisch jeder Wahlkreis, der bei der Volkszählung eine Bevölkerungszahl von 250 000 übersteigt, einen Abgeordneten mehr erhalten. Die Wahlkreiseinteilung in Preußen bleibt nach diesen Bestimmungen höchst ungerecht; gleichwohl ist es zu billigen, daß die Regierung das jetzige Wahlgesetz nicht noch mit einer völligen Neuerteilung der Wahlkreise bepackt hat — seine Annahme wäre dadurch sehr erschwert worden. Jetzt gilt es nur das Prinzip des gleichen Wahlrechts in Preußen durchzuführen — die gerechte Wahlkreiseinteilung, die Herabsetzung des Wahlalters, das Frauenwahlrecht und alle anderen Reformen mag später das auf Grund des gleichen Wahlrechtes zustandgekommene Abgeordnetenhaus vollbringen.

Mit dem neuen Wahlgesetz für das Abgeordnetenhaus gleichzeitig, aber nicht organisch verbunden, beantragt die Regierung eine Herrenhausreform. Wir fordern die Beseitigung dieser ersten Kammer. Sollte sie bestehen bleiben, müßten wir eine starke Arbeitervertretung in ihr verlangen. Aber unter ganzem Interesse an der Herrenhausreform ist nur mäßig groß. Haben wir erst eine wirkliche Volksvertretung in Preußen, ein richtiges Parlament des gleichen Wahlrechts, dann sinkt die Bedeutung des Herrenhauses ohnedies tief herab, und etwaiger Uebergriffe von seiner Seite würde sich das Volk schon zu erwehren wissen.

Das neue Herrenhaus soll, wie wir noch einmal in diesem Zusammenhange erwähnen wollen, im Höchstfalle 510 Mitglieder zählen. Das Ernennungsrecht der Krone ist davon auf höchstens 150 Mitglieder beschränkt. 60 Herrenhausmitglieder sollen die bisherigen erblichen Herrenhäuser stellen, von denen damit also zwei Drittel ihren Herrenhausitz verlieren. Weiter sollen im Herrenhaus sitzen je 36 Vertreter des alten Großgrundbesitzes, der Bürgermeister und großer Unternehmungen von Handel und Industrie. Auf 12 Jahre sollen ins Herrenhaus berufen werden 76 Vertreter der Selbstverwaltung, davon 36 aus den Städten, 36 vom Lande, 3 aus Berlin und 1 aus Hohenzollern. 84 Vertreter der großen Berufsstände, davon 36 aus der Landwirtschaft, 36 aus Handel und Industrie und 12 vom Handwerk; schließlich je 16 Vertreter der Universitäten und technischen Hochschulen sowie der Kirche.

Eine Arbeitervertretung ist also in diesem Herrenhausplan nicht vorgesehen. Arbeitervertreter können nur unter den 150 Herrenhausmitgliedern sein, die ohne besonderen Vorschlag der genannten Stände, „kraft besonderen königlichen Vertrauens“ berufen werden.

Der dritte Gesetzentwurf, der kleinste von den dreien, erweitert das Budgetrecht des Herrenhauses; über diese Er-

weiterung ist nicht von Bedeutung. Bisher konnte das Herrenhaus den Etat nur im ganzen annehmen oder ablehnen; an den einzelnen Posten der Einnahmen und Ausgaben konnte es Änderungen nicht vornehmen. Im wesentlichen bleibt das auch in Zukunft so; nur wenn bei den ordentlichen Ausgaben das Abgeordnetenhaus die von der Regierung geforderte oder die früher bewilligte Summe herabsetzt oder gänzlich streicht, kann das Herrenhaus darüber besonders Beschluß fassen. Tritt es dem Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht bei, dann greift ein Verständigungsverfahren Platz, und erst nach diesem erfolgt die endgültige Abstimmung über den Etat. Zwei weitere Paragraphen dieses Gesetzesentwurfes suchen die Gefahren einer Budgetablehnung durch das Parlament für den Fortgang der Staatsgeschäfte zu verringern.

Alle diese Einzelheiten sind verfassungsrechtlich interessant und an sich nicht ohne Bedeutung. Aber sie verschwinden gegenüber der großen Hauptfrage des gleichen Wahlrechts. Die Regierung beantragt es jetzt, aber damit ist es noch nicht erreicht. Starke Widerstände stellen sich ihm im alten Dreiklassen-Parlament entgegen. Gegen diese reaktionären Anschläge muß das Volk bereit sein, die Wahlreform, ein verbessertes Reichstagswahlrecht für Preußen zu verteidigen, zu erkämpfen. Es geht um einen gewaltigen Fortschritt, um eine große Angelegenheit des arbeitenden Volkes; es gilt ein Ziel zu erreichen, um das wir seit mehr als einem Jahrzehnt hart gekämpft haben. Jetzt winkt der Sieg — sehen wir alles daran, ihn zu sichern und möglichst vollständig zu gestalten.

Aus der Begründung der Wahlrechtsreformvorlage seien folgende Stellen wiedergegeben:

„Der Krieg, der auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens unseres Volkes seine tiefereisenden Wirkungen äußert, führt auch dazu, die Grundlagen der staatlichen Verfassung Preußens einzureißen zu verändern. Der Krieg fordert von dem preussischen Volke die höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewusstseins geworden. Er hat es opferwillig und staatskren gefunden, das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkt gesteigerten Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatskrene Haltung kann es sich dabei handeln; es handelt sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat. Das ist die alleinige ethische Begründung für den Schritt, der mit der Einräumung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten erfolgt.“

Die Begründung bezieht sich sodann auf die Osterbotschaft und den Juli-Erlass des Kaisers und fährt fort:

„Mit diesen grundlegenden Erlassen zieht die preussische Krone die große innerpolitische Reife dieses Weltkrieges. Wie auch sonst bei großen Reformhandlungen, die die einzelnen Perioden der preussischen Staatsgeschichte kennzeichnen, so hat auch in dieser bedeutenden Frage die Krone die Führung übernommen.“

„Die Zeit nach dem Kriege wird den preussischen Staat vor Aufgaben stellen, deren Schwierigkeit alles bisher gekannte Maß übertrifft, vor Aufgaben, die an die Opferwilligkeit, an die Organisationskraft, an das soziale Empfinden, an die Arbeitsfreudigkeit des Volkes gerollt sind und völlig neue Anforderungen stellen werden. Ist das Volk durch den Weltkrieg, der seine Kräfte aufs höchste angespannt und unterschiedslos von jedem einzelnen Staatsbürger die gleichen Leistungen, die gleichen schweren Opfer für Bestand und Zukunft des Vaterlandes gefordert hat, über das Bestehen des Klassenwahlrechts hinausgewachsen, so wird diesem reif gewordenen Volke die Mitwirkung an der Fülle jener Staatsaufgaben auf dem Boden staatsbürgerlicher Rechtsgleichheit ohne Bedenken anvertraut werden können. Das unumschränkte Vertrauen in das Volk, auf dem die Einräumung des gleichen Wahlrechts beruht, wird durch die Lösung jener neuartigen Aufgaben zugute kommen. Sie wird getragen sein von dem allgemeinen Vertrauen und Verständnis des Volksganzen, dessen sie unbedingt bedarf. So führt der Krieg das Interesse der Bevölkerung an einer durchgehend gleichen Verteilung der politischen Rechte und das Interesse des Staates an der wahrhaft vollstündigen Bewältigung größter und schwerster künftiger Friedensaufgaben auf dem Boden des vorliegenden Wahl-Gesetzes zusammen.“

Die Begründung rühmt dann die hohen Leistungen des bisherigen Abgeordnetenhauses, das den Staatsnotwendigkeiten stets voll gerecht geworden sei und dessen Arbeit sich an der Widerstandsfähigkeit des Vaterlandes gegenüber dem Ansturm einer Welt von Feinden bewährt habe. Aber die Fähigkeit des Volkes zu erweiterter Mitarbeit sei im Kriege so deutlich offenbar geworden, daß danach die Einräumung des unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlrechts unabweisbar geworden sei. Die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts habe seit langer

Zeit gestanden. In einem derartig geistig durchgebildeten, wirtschaftlich organisierten, sozial bewußten und politisch geschulten Volke, wie das preussische sei, könne die Steuerleistung kein zureichender Maßstab für die Bemessung politischer Rechte mehr sein. Aber auch wenn früher eine organische Fortbildung des bisher geltenden Wahlrechts gelungen wäre, hätte man notwendigerweise als Ergebnis des Krieges doch zum gleichen Wahlrecht kommen müssen. Denn dieser Weltkrieg habe eine völlig neue Lage geschaffen: „Die Gründe, die in den vergangenen Friedensjahren von der Staatsregierung und großen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht worden sind, sind durch die Lehren und Erfahrungen des Krieges überholt.“

Die Begründung schließt mit einer durchschlagenden Kritik am Dreiklassen-Wahlrecht und einer entscheidenden Beweisführung für die Rechtsgleichheit; sie sagt:

„Das Dreiklassenwahlrecht ist die Wirksamkeit der minderbemittelten breiten Volksmassen an den Staatsgeschäften in engen Grenzen zugunsten eines starken politischen Einflusses der zahlenmäßig schwächeren bemittelten Volksklassen. Das gleiche Wahlrecht legt das volle Gewicht politischen Einflusses, wie er in den Wahlen zum Abgeordnetenhaus verwirklicht wird, auch in die Hände der minderbemittelten Volksschichten, die in ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit damit zu einer entsprechend kräftigeren Einwirkung auf die Gesetzgebung im Staate gelangen. Der an sich nicht unberechtigte Grundgedanke, daß die politischen Rechte im Staat nach den Leistungen für den Staat bemessen werden sollen, ist oftmals für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts geltend gemacht worden, wiewohl seit der Einführung dieses Wahlrechts je länger je weniger ausschließlich und einseitig die Zahlung der direkten Steuern zum Maßstab der öffentlichen Leistungen überhaupt genommen werden konnte. Im gegenwärtigen Zeitpunkt führt gerade die Anerkennung jenes Grundgedankes mit Notwendigkeit zur Einführung des gleichen Wahlrechts. Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bemessung verjagen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme betroffen, der Lebenshaltung eines jeden ist ein Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen je nach dem objektiven Werte für den Staat wie auch an subjektivem Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Leiden und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiete zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit reiflos die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die vaterländische und wirtschaftliche Beeinträchtigung in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Arbeitsleistungen und Opfer gekettet überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Hoch darüber stehen jedem Maße entrichtet, die Verluste kostbaren Menschenlebens, die unterschiedslos unheilbares Leid auf arm und reich gelegt haben. Das dem Vaterlande geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größtes unmeßbares Verlehen. Die preussischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staate gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf dem Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftig Abstrafungen der politischen Rechte nicht mehr gründen kann. Der gute preussische Grundgedanke, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staate das Maß setzen soll, tritt heute dem gleichen Wahlrecht zur Seite.“

Die Begründung der Herrenhausreform hebt hervor, daß neben der Landwirtschaft im industriellen Unternehmertum ein Stand wichtiger wirtschaftlicher Führer entstanden sei. Die führenden Männer des Handels und die Leiter deutscher Banken hätten Vertrauen gewonnen. Der Handwerkerstand habe sich in hartem Kampfe mit der fortschreitenden Industrialisierung behauptet. Das sei der Boden, auf dem zu einem wesentlichen Teile ein der neuen Entwicklung Rechnung tragendes Herrenhaus beruhen muß. Die übergangenen Stände werden damit getrostet, daß die Unbilligkeiten auf dem Wege der Berufung ins Herrenhaus durch besonderes königliches Vertrauen ausgeglichen werden sollen.

Ein sehr schlechter Trost, mit dem sich diese Stände, nachdem man ihre enorme Bedeutung in der Denkschrift zur Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus ausdrücklich anerkannt hat, nicht zufrieden geben werden.

Rußland veröffentlicht die Geheimverträge.

Mit verhaltener Mut hat die Entente den Lauf der Ereignisse in Rußland verfolgt, immer noch die stille Hoffnung hegend, daß es Kerenski oder einem anderen der Entente ergebenen Manne gelingen werde, die Herrschaft wieder an

sich zu reifen. Ginge ihre Hoffnung doch dahin, daß es dann gelingen werde, die Veröffentlichung der Geheimverträge zu inhibieren. Jetzt ist die Veröffentlichung erfolgt und wenn die Verträge uns auch noch nicht in ihrem vollen Inhalte vorliegen, so zeigt der von der Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlichte Auszug schon zur Genüge, welches unheilvolle Spiel die Geheimdiplomatie mit dem Schicksal der Völker getrieben und welche Pläne die Entente verfolgt hat.

Die Meldung der F. T. M. besagt: Der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Trojky, veröffentlicht eine Reihe von Telegrammen und Geheimdokumenten, die sich sowohl auf die Zeit des zaristischen Regimes im Jahre 1915, als auch auf die Zeit der Koalitionsministerien beziehen. Die Soldaten- und Arbeiterregierung schaffte, sagt Trojky, die Geheimdiplomatie mit ihren Ränken, Schiffern und Lügen ab. Unser Programm ist der Ausdruck des Willens von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern. Wir wollen unverzüglich einen auf der Grundlage der freien Entwicklung der Völker beruhenden Frieden erlangen.

Die Dokumente beziehen sich auf Konstantinopel und die Meerengen. Der frühere Minister des Äußeren, Sajanow, macht Ansprüche auf Rußlands auf Konstantinopel, die Westküste des Bosphorus und des Marmarameeres und die Dardanellen, auf Süd-Thrazien bis zur Linie Enos-Midia, die asiatische Küste, die Inseln des Marmarameeres sowie die Inseln Imbros und Tenedos geltend. Die Verbündeten stellen eine Reihe von Forderungen auf, denen die russische Regierung zustimmte. Nach ihren Ansprüchen soll Konstantinopel ein Freihafen für Waren werden, die nicht nach Rußland gehen und nicht von dort kommen. Die Verbündeten verlangen, daß ihr Recht auf die asiatische Türkei ebenso anerkannt werde, wie das der Belassung der heiligen Stätten Arabiens unter muslimantischer Oberhoheit und die Einbeziehung der neutralen persischen Zone in die englische Einflußsphäre. Rußland war bereit, alle Ansprüche anzuerkennen. Seinerseits hat es den Wunsch geäußert, das Kalifat von der Türkei zu trennen. In Persien soll Rußland für sich ein Rayon in den Städten Isfahan und Teheran. Was die Festsetzung der Grenzen mit Deutschland anbelangt, so bewahren beide Teile sich volle Handlungsfreiheit. Frankreich gab seine Ansprüche bekannt, denen das Ministerium zustimmte. Eliaß-Potrhingen wird Frankreich zurückgegeben, einschließlich der Eisen- und Kohlenzweiggebiete.

Die am linken Rheinufer gelegenen Gebiete sollen von Deutschland getrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit seitens Deutschlands frei sein. Aus diesen Gebieten wird ein freier neutraler Staat zu bilden sein.

Das Merkwürdige sind die Telegramme Tereschenkos. Es ist darin die Rede davon, daß die Botschafter Italiens, Englands und Frankreichs bei Kerenski erschienen und ihm erklärt hätten, daß es dringend notwendig sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die Armee schlagfertig zu machen. Dieser Versuch, sich in die Angelegenheiten Rußlands einzumengen, war der Regierung peinlich. Tereschenko hat den russischen Botschafter in Washington, dem amerikanischen Kriegsminister mitgeteilt, daß die russische Regierung die Reserve des amerikanischen Botschafters in dieser Angelegenheit hoch ansetze.

Ebenso interessant sind die Informationstelegramme. Tereschenko spricht von Zugeständnissen, die das Bürgertum den rechtsstehenden Sozialisten gemacht hat. Er vertritt, daß die Zugeständnisse ihren Wert verlieren, da die Führer der gemäßigten Sozialisten in weitgehendem Maße ihren Einfluß auf die von der äußersten Linken mitgeführten Massen verloren haben. Tereschenko erklärt, daß die Rolle des Reichsparlamentes eine große sein werde und daß es bis zum gegebenen Augenblicke die Verfassunggebende Versammlung ersetzen werde. Obwohl in der Zusammensetzung des Reichsparlamentes die Sozialisten die Mehrheit haben, werden die gemäßigten Parteien der äußersten Linken Widerstand zu leisten vermögen, weil die gemäßigten Sozialisten im Einvernehmen mit den liberalen Parteien vorgehen werden.

Zur Lage in Rußland liegen folgende Meldungen vor: Die „Köln. Zig.“ meldet aus Amsterdam: Trojky, der Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, hat, wie Reuter aus Petersburg meldet, die Gesandten der neutralen Mächte in Petersburg von den wegen des Waffensstillstandes getroffenen Maßnahmen in Kenntnis gesetzt. Seine Rede erklärt, daß die Forderung des sofortigen Friedens sowohl an die kriegführenden wie an die neutralen Mächte gerichtet sei.

Eine Meldung des Wiener Telegraphen- und Korrespondenzbureaus besagt: General Duhonin ließ an die russischen Armeen die Lagerung gelangen, wonach die Vertreter der Entente-Staaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 3. September 1914 geschlossen wurde. Anknüpfend hirtaus drohen die Vertreter der Entente-Sinaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, insbesondere ein Sonderwaffenstillstand, schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den ihm unterliegenden Kommandanten, die amerikanische Regierung erklärte, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Botschafter an der Front bleiben und ihr Programm, mit Deutschland Frieden zu schließen, auszuführen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfahrverbot anzuheben.

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees, Arbeiter, Soldaten und Konzentrierte reagiert der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trojky, auf die Mitteilungen des abgelehnten Hochkommandierenden Duhonin. Er verzweigt darauf, daß die Vertreter der Verbün-

deten sich einer unzulässigen Ermächtigung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, einen Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diplomatischen Notizen an einen General wenden, der wegen Ungehorsams gegen die Regierungsmaßnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht Willens, unter der Krute der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für einen sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Ränken!

Einem Blatte wird aus Petersburg vom 23. November gemeldet, daß die Urmehrheit an der Front die Bildung eines maximalistischen Kabinetts und die eines homogenen sozialistischen Kabinetts vorgeschlagen haben, um dem Bürgerkrieg ein Ende zu machen und mit den Verbündeten über die Friedensbedingungen zu verhandeln.

Die Vertreter der alliierten Länder beschloßen, in Petersburg zu bleiben.

„Allgemeines Handelsblatt“ zufolge veröffentlicht die Kadettenpartei die Erklärung, daß die Friedensvorschläge der Bolschewiki nicht als Ausdruck des Willens des russischen Volkes betrachtet werden können.

Demselben Blatte zufolge meldet „Daily Chronicle“ aus Petersburg, daß die Bolschewiki den Obersten Kurawiew zum Kriegsminister ernannten. Der Versuch Tschernoms, eine Koalitionsregierung zu bilden, mißglückte wegen mangelnder Unterstützung seitens der Armeekomitees.

Der russische Botschafter in Amerika Keryhjew ist zurückgetreten. Er bleibt aber vorläufig in Washington.

Saag, 26. November. Reuter berichtet aus Petersburg: Der „Dien“ meldet, daß Kerenski am 14. November das Ministerpräsidentenamt und den Oberbefehl niedergelegt und seine Vollmachten der vorläufigen Regierung zurückgegeben hat.

Die Kriegslage.

In Flandern lagen am frühen Morgen des 25. November unsere Stellungen westlich des Houthouster-Waldes zeitweise unter heftigen feindlichen Zerstörungsfeuer. Nachmittags richtete der Gegner zwischen West-Boisbelle und Gheluwelt starke Feuerüberfälle auf unsern vorderen Stellungen. Im Spätabend griff der Feind ohne besondere Artillerievorbereitung in Bataillonsstärke nordwestlich Passinendaele an. Der Angriff brach verhältnismäßig für den Feind zusammen. Während der Nacht zum Teil lebhaftere Feuer: die Stadt Dixmuiden erhielt erneut starken Beschuß.

Im Kampfgebiet von Cambrai verhielt sich der Gegner nach seinen mehrfach erfolglosen Durchbruchversuchen erneut am Nachmittage in wiederholten Infanterieangriffen beiderseits der Straße Inghelbroux. Sie wurden sämtlich unter schweren Verlusten der Engländer abgewiesen. Westlich der Straße gelang es unserer Infanterie im Nachhinein die deutsche Stellung vorzuliegen und unsere frühere nördliche Linie wieder zu besetzen. Weiter östlich war wiederum die Gegend von Bourlon der Schauplatz erbitterter Kämpfe. Nachdem um 9.15 Uhr vormittags heftiges Feuer auf Bourlon eingesetzt worden war, brachen hier abends dicht massierte Angriffe vor, die teilweise zurückgeworfen wurden. Die Engländer, die vom Vortage noch im Dorfe verblieben waren, wurden im heftigen Nachkampf getilgt. In diesen Kämpfen, sowie in der Nacht vom 21. zum 22. November hatte der Gegner schwere Verluste: außerdem blieben acht Offiziere und über 300 Mann und einige zwanzig Maschinengewehre in unserer Hand. Unsere Artillerie führte mehrfach ihr Zerstörungsfeuer gegen erkannte feindliche Konzentrationen und bereitgestellte Landbatterien wahrmen. Bei Graincourt schlug es vorübergehend in 10 zusammengewogene Panzertruppenwagen. Auf dem östlichen Kampffeld setzte auf unsere Kanalisierung von Santreuz nach Nordosten bis halbwegs Crevecoeur 8 Uhr vormittags heftiges Trommelfeuer ein. Ein feindlicher Angriff wurde hier im Gegenlicht verlustreich abgewiesen. Während der Nacht hielt zeitweise das lebhafteste feindliche Feuer an. Südlich Inghelbroux kam es zu handgranatenkämpfen, während sich am Südwestende des Bourlon-Waldes und westlich Kontaine außerordentlich schwere nächtliche Kämpfe abspielten, wobei die Engländer außerordentlich schwere Verluste erlitten, und in deren Verlauf wir unter anderem ein einige hundert Meter vorgezogen. Auch auf der Front von Kumilly bis Santreuz erreichte nachts das Feuer zeitweise große Stärke.

Deutlich der Maas lag am 25. November von neun Uhr vormittags ab zwischen der Maas und der Straße Vacheraville-Flabas hartes Zerstörungsfeuer aller Kaliber. Wiederholte Verschiebungen zu einem feindlichen Angriff wurden am Aufstücken hantwärtiger Gräben beobachtet und unter gutliegendes Feuer genommen, desgleichen wurden maršierende französische Abteilungen vom Reuter aus wirkungsvoll flankierend gefaßt. Um 1 Uhr nachmittags konnten nach kürzester feindlicher Feuerzögerung die beabsichtigten Infanterieangriffe in etwa vier Kilometer Breite zwischen Samogneux und der Höhe westlich Beaumont hervorbrechen. Die ersten Angriffswellen wurden in unserem Abwehrfeuer zertrümmert und stüelten in unserer Feuergräben. Der zweite Angriff mit frisch eingesetzten feindlichen Kräften brach in unserer Abwehrzone zusammen. In hartnäckigen, auch abends andauernden Kämpfen wurde der Gegner unter hohen Verlusten auf dem westlichen Vordringen verhindert. Erst mit Einsetzen der Dunkelheit ließ die Gefechtsstätigkeit nach. Trotz heftigen Sturmes und Regens griffen unsere Pfeiler erfolgreich in den Kampf ein. Die französischen Verluste während der Bereitstellungen und bei den Angriffen selbst waren außerordentlich hoch. Während zwischen Maas und Rosel eigene Batterien erfolgreich waren und Gefangene einbrachten, wurden am frühen Morgen des 25. November nach heftigem Artillerie- und Minenfeuer hartes französisches Abteilungen auf dem Höhe von Billy und Keremont blutig abgewiesen.

In Belgien im Ostteil des Cerna-Lagens härteres Artilleriefeuer.

In Italien während die Verhandlungen im schwierigen Gefechtsgebiete weitere Fortschritte und wiesen in ihren neuen Stellungen italienische oft wiederholte Massenangriffe unter schweren Verlusten für den Feind ab.

Die Heeresberichte.

25. Berlin, 26. November. (Gen. Mitt.) Von der Front sind bisher keine besonderen Ereignisse gemeldet worden.

Wien, 26. November. (Zentr.) Im Brenta-Tal und in den Gebirgen östlich davon brachten uns die Kämpfe der letzten Tage weiteren Raumgewinn. Gegenangriffe des Feindes blieben erfolglos.

Auf dem russisch-rumänischen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

Französischer Heeresbericht

Vom 25. November nachmittags: Auf dem rechten Maasufer richteten die Deutschen nach dem gestern gemeldeten heftigen Artillerieangriff Teilangriffe gegen verschiedene Frontpunkte. Vor Beaumont auf den Chaume-Wald verhinderte unser Feuer den Feind, unsere Linien zu erweitern.

Abends: Gefechtskampf am Chemin des Dames und nordwestlich von Reims. Auf dem rechten Maas-Ufer führten unsere Truppen am Nachmittage trotz heftigen Unwetters nach Feuerbereitschaft die feindliche erste und zweite Linie in dreieinhalb Kilometer Breite zwischen Samogneux und der Gegend südlich Anglemont. Es wurden über achthundert Gefangene gemacht.

Franreich und Belgien.

Die Sozialisten und Clemenceau.

Während die Blätter der rechtsstehenden nationalistischen Gruppen sowie der Mittelparteien der Rede Clemenceaus vollsten Beifall zollen, suchen die sozialistische Presse und einige Fortschrittler unter erste Bedenken geltend zu machen. Renaudel erklärte in der „Humanite“ u. a.: Clemenceau hat eine Anzahl wohlwollender Fragen vorgebracht und sich einige unpassende Späße erlaubt. Auf keine der vorliegenden Interpellationen hat er tatsächlich geantwortet. Thomass bespricht im gleichen Blatt die Ausführungen Clemenceaus über die Gesellschaft der Nationen. Die Sozialisten ersehen daraus, daß sie der Öffentlichkeit beweisen müßten, daß die von den Sozialisten vorgeschlagenen Lösungen die einzig richtigen seien. Sembat erklärte in der „Lanterne“: Wenn Clemenceau auch die Mehrheit gewonnen habe, so werde die Umwandlung der Kammer doch nicht auf sich warten lassen. Die Kammer habe sein Programm nicht annehmen können, da er keines entwickelt habe. Varenne meint im „Evenement“: Für Frankreich habe mit der Berufung Clemenceaus ein interessantes Experiment begonnen. „L'oeuvre“ schreibt: Das Argument Clemenceaus, daß die Unterschrift der Deutschen keinen Wert habe, lehre sich gegen ihn selbst. In der „Bataille“ sagt Jouhaux: Die Worte Clemenceaus über die Gesellschaft der Nationen würden in den Herzen aller Arbeiter schmerzlichen Widerhall finden. Die Arbeiter hätten ihre ganze Hoffnung auf diese Formel gesetzt. Der republikanische „Progres de Lyon“ führt aus: Clemenceaus Programm, das in dem Wort „Vollständiger Sieg“ enthalten sei, sei nur eine Phrase und seine Äußerungen über die Kriegsziele seien sehr beunruhigend.

Allelei Kriegsnachrichten.

Die dänische sozialdemokratische Partei für eine internationale sozialistische Friedenskonferenz.

Unser Kopenhagener Parteiblatt „Sozialdemokraten“ schreibt zu dieser bereits kurz vor uns behandelten Frage: Die für Sommer beschätzte gewisse internationale sozialistische Friedenskonferenz ist leider durch die Weigerung der Ententemächte, Pässe auszugeben, unmöglich gemacht worden. Am 10. Oktober hat das Organisationsbureau der Konferenz in Stockholm ein Manifest mit einem positiven Friedensvorschlag veröffentlicht und von den beteiligten sozialistischen Parteien Antwort bis zum 1. Dezember verlangt. Beabsichtigt war danach, eine neue Ausschreibung abzuhalten. Die neuesten Ereignisse in Rußland haben die Frage von Waffenstillstand und Friedensverhandlungen außerordentlich brennend werden lassen und einen Sonderfrieden in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Um die Arbeit für einen allgemeinen Frieden zu fördern, hat die dänische Sozialdemokratie vor einigen Wochen an Troels-Lundhach, des Organisationsbüros, daß die holländischen Mitglieder des Internationalen Sozialisten-Bureaus unter Zustimmung aller Sozialistenparteien die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz sobald als möglich veranlassen möchten. Ein entsprechendes Telegramm hat unsere Partei an das Bureau in Stockholm und den Sekretär Camille Huysmans gerichtet, der die sozialdemokratischen Parteien in England und Frankreich sofort telegraphisch von unserem Schreiben unterrichtet hat. Die dänische Sozialdemokratie hofft, daß ihre neue Bewegung in England und Frankreich die Bewegung für Auskellung von Waffen nach Stockholm fördern werde. In dem Telegramm an Troels-Lundhach wird schließlich gesagt, daß die internationale Sozialdemokratie sich nicht ruhig verhalten kann in Verhältnissen, worin nicht nur die Arbeiter der verschiedenen Länder einander andauernd morben, sondern es sogar, wie in Rußland, zum Völkerverderblich kommen. Sie erucht daher darum, eine internationale sozialistische Friedenskonferenz unter allen Umständen zu berufen. Wenn Parteigenossen einzelner Länder nicht persönlich erscheinen können, sollen sie schriftlich daran teilnehmen. Das Blatt fügt hinzu, daß der Vorstand der dänischen Sozialdemokratie bereits den Beschluß wegen der neuen Anregung einer Friedensaktion einstimmig gefaßt habe.

Segen die Neutralitätspolitik Spaniens.

Ein Romanonos von der liberalen Partei gegebenes Essen vereinigte über 900 Gäste. Romanonos hielt eine Rede, in der er betonte, daß für Spanien die Notwendigkeit bestehe, gegenüber den Ententeländern eine neue Politik zu verfolgen, die sich offen nach der Entente hin orientiere.

Keine Beschlagnahme feindlichen Eigentums in Amerika.

Das Reuterische Bureau verbreitete die Nachricht, daß seitens der amerikanischen Regierung die Beschlagnahme feindlichen Eigentums erfolgt sei und daß weiterhin die Freigabe der im feindlichen Besitz befindlichen Patente verbat wurde. Dem widerspricht, wie der deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband mitteilt, ein Telegramm der „Associated Press“ dahingehend, daß keine Beschlagnahme des Eigentums bezw. der Patente der Feinde im Auslande seitens der amerikanischen Regierung verfügt worden ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sind die Armeezeitungen politische Parteiblätter?

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: In Briefen, die von der Front kommen, werden wir sehr häufig darauf aufmerksam gemacht, daß einige der Armeezeitungen, die für die Truppen herausgegeben werden, sich ebenso eingehend wie einseitig mit Politik befassen und Organe der Vaterlandspartei und des Alldeutschen Verbandes zu sein scheinen. Es sind wir beispielsweise bereits wiederholt auf die „Zeitung

Der 10. Nr. 10 e" hingewiesen worden, deren Erscheinungsart W i n a ist. In der Nummer vom „14. Nebelung“ — der Herausgeber setzt in Klammern, zu besserem Verständnis, das vorläufig offenbar noch nicht ganz entbehrliche Wort „November“ daneben — finden wir einen Artikel „Vom Fremdwort „Parlamentarismus“ den ein Krankenwärter Dr. jur. Karger verfaßt hat. Herr Karger wendet sich gegen „unverstandene Fremdwörter“, die „zum Panier erhoben“ und „in gefährlicher Weise von planmäßigen Volkserführern mißbraucht werden. Es gibt, nebenbei bemerkt, keine „planmäßigen Volkserführer“, es gibt höchstens eine planmäßige Volkserführung, und die Ausmerzung der Fremdwörter wird nichts helfen, solange die deutsche Sprache so mißhandelt wird. Ein unverstandenes Fremdwort, das Herr Karger besonders mißfällt, ist das Wort „Parlamentarismus“. Er hat entdeckt, daß das Wort von „parler“, reden, herkommt, und sagt, die „planmäßigen Volkserführer“ erstreben „ein Mehr für die Volkserführung, denn das Reden besorgt sie wahrlich schon hinreichend, ein Regieren“. In der nächsten Nummer vom „15. Nebelung“ wird die Rede, die Herr v. Tirpitz in der Münchener Versammlung der „Deutschen Vaterlandspartei“ gehalten hat, unter der Überschrift „Tirpitz-Gedanken“ als Leitartikel gebracht. Dahinter folgt ein Artikel „Ein Wendepunkt“ von Oberleutnant Dr. E. Herold, worin es unter anderem heißt: „Alles kommt, wie es kommen muß. Das rollende Rad der Geschichte dreht sich nach großen, ehernen Gesetzen und kümmert sich nicht um Beschlüsse von Reichstagsmehrheiten. Jetzt durch einen faulen Verrätigungsfrieden auf halbem Wege stehen bleiben, wäre Verrat an unserem Volke, wäre Verrat an unseren Heiden, die der grüne Rasen deckt, wäre Verrat an Europa.“ Wir beglückwünschen uns heute damit, zu fragen: Sind die Armeezeitungen politische Parteiblätter?

Wie für die Vaterlandspartei gearbeitet wird.
Für die Aachener Versammlung der deutschen Vaterlandspartei hat das dortige Garnisonkommando unter dem 10. November folgenden Garnisonbefehl an die Offiziere erlassen:
Am Mittwoch, dem 14. November 1917, abends 8 Uhr, findet im Saal des Kaiserhofes, Hindenburgstraße 42, ein Vortrag seiner Exzellenz des Generals der Infanterie v. Liebert über das Thema „Der deutsche Frieden“ statt, wozu die Ortsgruppe Aachen der Deutschen Vaterlandspartei die Herren Offiziere und Sanitätsoffiziere der Garnison einladet.

109 Milliarden Mark Kriegskosten.
Bei seinem Wiederzusammentritt am 29. November wird dem Reichstag bekanntlich eine neue Kreditvorlage über 15 Milliarden Mark zugehen. Das ist die zehnte Kreditforderung, und die Summe der Kriegskredite steigt damit auf 109 Milliarden Mark. Die Kreditforderungen ergeben folgendes Bild:
August 1914 5 Milliarden Mark
Dezember 1914 5 „ „
März 1915 10 „ „
August 1915 10 „ „
Dezember 1915 10 „ „
Juni 1916 12 „ „
Oktober 1916 12 „ „
Februar 1917 15 „ „
Juni 1917 15 „ „
Dezember 1917 15 „ „
zusammen 109 Milliarden Mark

Hoffentlich ist damit die Liste der Kreditforderung nun endlich abgeschlossen.

Dänemark.
Verbot der Fleischausfuhr. Die Regierung hat ein sofort in Kraft tretendes Ausfuhrverbot für lebendes Rindvieh, Schafe, Ziegen erlassen, ferner für Fleisch und Schmalzabfälle von Pferden, Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen, für Konserven, Würst- und andere Fleischwaren, Eier, Butter, Käse, Milch und Käse. Es ist nicht beabsichtigt, die Ausfuhr der genannten Waren zu verbieten, sondern die Regierung will nur eine Regelung der Ausfuhr ermöglichen, damit das Land in weitestem Umfange den Nutzen aus der Ausfuhr ziehen kann, den die jeweilige Lage erheischt.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.
Dienstag, 27. November
Die Bürgerschaft hatte in ihrer gestrigen Sitzung eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen. Zunächst wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit über den Senatsantrag beraten, der staatliche Aufwendungen in Höhe von 365 000 Mark für die Schaffung eines größeren industriellen Unternehmens bei der Herrenbrücke zum Gegenstand hatte. Unsere Leser sind darüber in der Sonnabend-Ausgabe des „Lübecker Volksboten“ unterrichtet worden. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Ebenso fand in nichtöffentlicher Sitzung der Grundstücksauskauf mit der Lübecker Maschinenbaugesellschaft, durch den letzteres Unternehmen für ihren noch zu erweiternden Werfbetrieb ein großes Grundstück in Bornwerf gegenüber der Lechhofinsel erhält, die Mitgenehmigung der Bürgerschaft. In diesem Falle hat der Staat Aufwendungen in Höhe von insgesamt 261 000 Mark zu machen.

Die übrigen Gegenstände der Bürgerstagesordnung waren in der Hauptsache Nachbewilligungen für verschiedene Behörden, die zu kleineren größeren Erörterungen Veranlassung gaben. Von mehreren Rednern wurde beim Antrag auf Nachbewilligung für das Polizeiamt gewünscht, daß in der Weihnachtszeit die Laden etwas länger geöffnet sein dürften und daß man bei der Inwonnenaufnahme bezüglich der Beleuchtungsparnasvorschriften den Geschäftskleuten entgegenkommen möchte. Der Senatskommissar stellte wohlwollende Prüfung in Aussicht.

Von größerer Bedeutung war der Senatsantrag betr. einen dritten Nachtrag zum Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Es handelt sich um die Zusammenfassung des Jugendamtes. Bisher gehörte diesem überhaupt kein Vertreter der Arbeiter an, obwohl das Tätigkeitsfeld des Jugendamtes sich in der Hauptsache auf die Kreise der Arbeiterklasse erstreckt. Endlich hat man dem Drängen der wertvollen Bevölkerung entsprochen und der Bürgerstagesordnung hat ihr zwei Vertreter eingeräumt, während der Senat meinte, daß einer völlig ausreichend sei. Genosse Hoff trat mit aller Entschiedenheit dafür ein, den Arbeitern zwei Sitze zu gewähren, während Herr Regie-

Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 27. Novbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In Flandern nahm die Artillerietätigkeit zwischen dem Southousterwald und Zandvoorde am Nachmittag wieder große Heftigkeit an.

In einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes südwestlich von Cambrai tagsüber starker Feuerkampf. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte englische Infanterie griff am Abend Dorf und Wald Bourlon an. Im schweren Nachkampf wurde sie zurückgeworfen.

Die Vorkampftätigkeit blieb auf der ganzen Schlachtfrent gering.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Nördlich von Brunan wurde ein französischer Posthof im Grabenkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Maasufer war die Gefechtsintensität mäßig. Am Abend trat zwischen Samogreuz und Beaumont und beiderseits von Ornes eine erhebliche Feuersteigerung ein.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.
An der Combreshöhe und zwischen St. Michel und Pont-a-Mousson lebte das Feuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz u. Mazedonische Front.
Keine größere Kampfhandlung.

Italienische Front.
Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der Lübecker Mittelschulverein behandelte in seiner letzten Versammlung am 24. ds. die Stellung der Mittelschule zu den gegenwärtigen Verhältnissen, den Lübtigen freie Bahn zu schaffen. Nach kurzen Ausführungen des Herrn Klöding wurde einstimmig beschlossen, nachstehende Gedankenansätze als Stellung des Vereins zu diesen Forderungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten:

Um 8 1/2 Uhr hatte die Bürgerschaft ihre reichhaltige Tagesordnung erledigt.
Die Bürgerschaft tritt am kommenden Montag abend 6 Uhr zu ihrer verfassungsmäßigen Sitzung zusammen, in der u. a. die Wahlen zum Bürgerausschuß vorgenommen werden müssen.

„Der Aufstieg der Lübtigen“ und die Mittelschule.

Der Lübecker Mittelschulverein behandelte in seiner letzten Versammlung am 24. ds. die Stellung der Mittelschule zu den gegenwärtigen Verhältnissen, den Lübtigen freie Bahn zu schaffen. Nach kurzen Ausführungen des Herrn Klöding wurde einstimmig beschlossen, nachstehende Gedankenansätze als Stellung des Vereins zu diesen Forderungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten:

1. Uebergangsmöglichkeit nach dem 3. Schuljahr zwischen allen Schulgattungen.
Schon jetzt findet nach den ersten drei Jahren (Vorschuljahr) ein Aufbruch begabter Volks- und Mittelschüler nach oben (Mittel- bezw. höh. Schule) statt. Das ist fest auszubauen. Als Mittel dazu seien genannt: Ausführliches Zeugnis, Katerteilung, Fortfall der Aufnahmeprüfung, Angleichung der Lehrpläne, Sammlung der begabtesten Volksschüler etwa ein Jahr vorher in Sonderklassen, in denen sie besonders gefördert werden.

2. Eine weitere Uebergangsmöglichkeit nach dem 6. Schuljahr zwischen Volks- und Mittelschule.
Nicht alle Begabten konnten als solche schon im 3. Schuljahre erkannt werden. Nicht alle als begabt Erkannten haben den Uebertritt in die höhere Schulgattung zu vollziehen gewagt. Daher ist eine weitere Uebergangsmöglichkeit zu schaffen. Weiter müssen, etwa während des 6. Schuljahres die besten Volksschüler in einer Sonderklasse gesammelt werden, wo sie die beiden Sprachjahre der Mittelschule nachzuholen hätten. Dann können sie ohne weiteres in die dritte Klasse der Mittelschule eintreten.

3. Eine dritte Uebergangsmöglichkeit nach dem 9. Schuljahre zwischen Mittel- und höherer Schule.
Schon jetzt erhalten bekanntlich die begabtesten Mittelschüler englischen Unterricht und können sich nach Durchlaufen der Schule der Einjährigen-Prüfung unterziehen. Leider berechtigt das Bestehen dieser Prüfung sie aber nicht zum Eintritt in die Obersekunda einer höheren Schule; wollen also solche Schüler zum Studium gelangen, so können es selbst die Besten nur unter Verlust eines vollen Jahres, da sich ihnen nur die Untersekunda öffnet. Hier muß Wandel geschaffen werden im Sinne des Ausbaues einer festen Uebergangsmöglichkeit wie in den beiden obigen Fällen. Wenn die begabtesten Mittelschüler (einschließlich der Besten von den unter 2. erwähnten übergeleiteten Volksschülern) die letzten drei Jahre hindurch ihren englischen Unterricht in Sonderklassen empfangen, in denen auch in anderen Fächern erhöhte Anforderungen gestellt werden, so muß es möglich sein, die Besten aus diesen soweit zu fördern, daß sie in die Obersekunda der Oberrealschule (bez. Klasse I des Lyzeums) ohne Prüfung aufgenommen werden können.

4. Finanzielle Erleichterungen.
Die unter 2. und 3. erwähnten Uebergangsmöglichkeiten ergeben einen neuen Weg in 2 Stufen von der Volks- über die Mittel- nach der höheren Schule, und zwar ohne Verlust eines Jahres. Das ist die wertvollste Geldhilfe, die den Begabten aus den niederen Ständen gegeben werden kann, ein Vorteil, der nach Tausenden zu veranschlagen ist und dabei dem Staate — nichts kostet! Da aber der Staat in seinem eigenen Interesse handelt, wenn er keine Begabung vertümmeln läßt, so wird er auch zu weitergehenden Erziehungsbemühungen geneigt sein!

Sind diese vier die leichtest erzielbaren Forderungen der aller-nächsten Zukunft, so erscheinen dem Mittelschulverein als weitere Schritte Maßnahmen notwendig zugunsten der nicht in erster Linie sprachlich Begabten, unter denen sich oft die wertvollsten Talente technischer und künstlerischer Richtung finden. Hier wären ins Auge zu fassen: Fachschulen in konsequenter Anschließung an besondere Klassenzüge der Mittelschule (Saarbrücker Einzugschulen) sowie die Errichtung fremdsprachlicher höherer Schulen („wahrer Realanstalten“ im Sinne Oppenwalds).

Für solche Fragen weiterer Zukunft erscheint nun eine Fachvertretung der Lehrerschaft in der Oberbehörde unerlässlich, die es ihr, wie es früher bereits in Lübeck der Fall war, ermöglichen würde, über ihre Berufsangelegenheiten mitzubestimmen. Der Mittelschulverein vertritt in dieser Frage den alten Standpunkt der Lübecker Lehrerschaft, daß eine Schulkammer, zusammen-

gesetzt aus dem Hauptlehrer und einem oder zwei gewählten Vertretern des Kollegiums jeder Schule, einige stimmberechtigte Mitglieder in die Behörde wählen möge; und zwar mit der Maßgabe, daß in dieser neben der Volks- und der höheren Schule auch die Mittelschule durch einen Leiter und einem Lehrer vertreten ist.

Anmerkung der Redaktion: Die hier vom Lübecker Mittelschulverein erhobenen Forderungen haben zweifellos manches für sich. Sie gehen aber naturgemäß aus von dem Grundsatze der Erhaltung resp. dem Ausbau der Mittelschule. Hier kann die Sozialdemokratie nicht mitmachen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die Mittelschule in dem Kampf um die Einführung der Einheitschule ein wesentliches Hindernis darstelle. Sie ist keine höhere Schule, will aber auch keine Volksschule sein. Diese Mittelstellung nimmt ihr die Dujeinsberechtigung; aber abgesehen davon werden ihre Verfechter sich aus leicht erklärlichen Gründen gegen den Ausbau der Volksschule wenden, weil sie befürchten, daß letztere sich in ihrem Lehrpläne schließlich allmählich dem der Mittelschule nähern und dadurch dieser Standeschule den Vortritt machen könnte. Will man aber den Aufstieg der Lübtigen, dann muß zunächst an den Ausbau der Volksschule herangegangen, muß sie zu dem Grundstein gestaltet werden, auf dem sich das weitere Bildungsgebäude aufbauen. In Berlin hat man uns den Weg gezeigt, der als erster Schritt unternommen werden muß, um wirklich den Aufstieg der Begabten zu fördern. Dieser Weg sollte auch in Lübeck beschritten werden, indem man auf die Volksschule die Realschule aufbaut. Als Abgabensatzung auf unsere Forderung nach der Einführung der Einheitschule würden wir einer solchen Regelung unsere Zustimmung geben.

Ueber Lübeds Einwohnerzahl in früherer Zeit

Berichtet Herr Direktor Dr. Hartwig in dem soeben herausgegebenen Heft 5 der Mitteilungen des Vereins für Lübedische Geschichte und Altertumsstudien, indem er seine früheren Mitteilungen ergänzt und zum Abschluß bringt. Eine genaue Zahl anzugeben ist ja für die früheren Jahrhunderte nicht möglich, da keine Zählungen in unserem Sinne vorgenommen worden sind; die Statistik ist bekanntlich eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Wir sind deshalb auf Schätzungen und Berechnungen angewiesen und Dr. Hartwig zeigt, indem er die in den Chroniken und sonst erhaltenen Nachrichten zusammenstellt, wie sehr namentlich das Mittelalter zu Ueberschätzungen neigt und wie wenig es imstande war, sich eine richtige Vorstellung von Zahlen und Massen zu machen. Wir hören, daß Lübed eine volkreiche und sehr große Stadt gewesen ist, die zu den vier Hauptorten des Reiches gehörte; sie galt auch als die reichste Stadt und wurde 1495 auf dem Reichstage zu Worms für den „gemeinen Feinrig“ mit dem höchsten Jenus belegt. Alle Zahlen aber, die uns die Chroniken von Detmar, Komer u. a. überliefern, sind ganz phantastisch, wir würden in die Hunderttausende von Einwohnern kommen. Daß das ganz unmöglich ist, geht schon aus der einfachen Tatsache hervor, daß für eine solche Menschenmenge in der inneren Stadt — und diese kommt allein für das Mittelalter in Frage — gar kein Platz vorhanden ist. Die innere Stadt hat bei allen Zählungen von 1807—1900 nur 22 722 — 37 315 Einwohner gehabt. Aus den Schöpfregistern, die aus dem Ende des 15. Jahrhunderts erhalten sind, kann man die Zahl der Wohnungen auf etwa 5200 bis 5300 berechnen; 1807 waren es ihrer ebenfalls nur 5243. Bedenken gegen die übertriebene Anzahl von Einwohnern, die man früher auf 120—200 000 schätzte, äußerte zuerst Bekrens (1839), der aber immer noch 80—90 000 Menschen annahm; auch Daniels (1854) griff mit seiner Berechnung von 37 000 Seelen noch zu hoch, wenn er der Wirklichkeit auch schon näher kam. Brehmer nahm höchstens 30 000 Einwohner an. Eine Annahme, die durch Hartwigs Berechnungen im wesentlichen — wenigstens für die günstigen Jahre — bestätigt wird. Nach den Türkensteuer- und Wohnungsregistern, Bürgerbüchern, Taxen, Taxen- und Seerdigungslisten des Schöpfregistern schwankt die Einwohnerzahl Lübeds zwischen 17 209 (Ende des 11. Jahrhunderts) und 31 068 (etwa 1650). Zahlen, die aber etwas hinter der Wirklichkeit zurückbleiben; seit dem 18. Jahrhundert ging sie zurück auf 17—18 000 Menschen.

Die große Rolle, die Lübed trotzdem im Mittelalter gespielt hat, erklärt sich dadurch, daß es damals gleich große und größere Städte als Lübed nur sehr wenig gegeben hat; größer war allein Köln, über 20 000 Einwohner hatten nur noch Stragburg, Nürnberg, Wien, Ulm und Breslau; Augsburg hatte nur 18 000 (1473), Frankfurt 9—10 000 (1440 resp. 1887). Köln 10 755 (1378), 13 935 (1410) und 14 865 (1594) u. a. m. Die meisten deutschen Städte hatten am Ende des Mittelalters keine 5000 Einwohner.

Wirkliche Zählungen sind in Lübed zuerst von den Franzosen vorgenommen worden (1807, 1811 und 1812); dann fand eine 1815 und 1829 statt. Regelmäßige Zählungen sind dann seit 1845 vorgenommen worden, ein Verdienst des früheren Vereins für Lübedische Statistik. Damals (1845) betrug die Einwohnerzahl 23 360 (innere Stadt), 1910: 35 864 (innere Stadt) und 98 656 (ganze Stadt, einschließlich der Vorstädte).

Vollstufzorge.

Obwohl die nachteilige Wirkung des bereits das vierte Jahr andauernden Krieges sich im Versicherungsstand empfindlich bemerkbar macht, konnte die Rechnungsstelle Lübed der Vollstufzorge ihren Versicherungsbestand im laufenden Jahre nicht unwesentlich erhöhen. Dies ist gewiß ein fester Beweis des Vertrauens der Arbeiterschaft zu der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinschaftlich gegründeten Lebensversicherungsgesellschaft.

Zur Wahrung des eigenen Interesses und der Interessen der Arbeiterschaft sei wiederholt darauf verwiesen, daß die Agenten der privaten Gesellschaften immer wieder versuchen, die Arbeiterschaft bei Abschließen von Versicherungen irreführen und zu täuschen. Man prüfe deshalb vor Abschluß einer Versicherung genau den Werber, die Vertrauensleute der Vollstufzorge können sich genügend ausweisen, es stehen nur gewerkschaftlich organisierte Vertrauenspersonen im freiwilligen Dienste der Vollstufzorge.

In der nachstehenden Weihnachtszeit wird in mancher Familie Sorge darüber walten, mit welchem Geschenk man eine Freude bereiten könnte. Alle Bedarfsartikel sind ungeheuerlich im Preise gestiegen und nicht mehr zu kaufen, die Nahrungsmittel und Gemüsmittel nicht zu gelangen, und doch möchte man ein praktisches Geschenk machen. Da bietet der Abschluß einer Versicherung und Ueberreichung des Versicherungsscheines den rechten Erfolg; dies gilt nicht nur als praktisches Weihnachtsgeschenk für ein Kind, sondern auch für Erwachsene. Kinder sind teures Gut, und nichts liegt näher, als neben der Erziehung und Vorbereitung für den ferneren Lebensweg auch rechtzeitig für die Zeit voranzufahren, welche erhöhte finanzielle Anforderungen an die Eltern stellt. Wer nur seine Arbeitskraft zur Verfügung hat, muß daran denken, daß, wenn der Tag der Schulentlassung kommt, Ausgaben entstehen, die in wenigen Wochen nicht erübrigt werden können. Die Mutter, welche das vergißt, wird dem Tage, welcher ein Freudentag sein sollte, mit banger Sorge entgegensehen. Für die Lehr- und Mütterzeit muß geklagt werden, hat die Tochter das heilsfähige Alter erreicht und will sie einen eigenen Hausstand gründen, ist es der Stolz der Mutter, die Einrichtung vervollständigen zu können. Für alle diese Fälle kann vorgesorgt werden, wenn man wöchentlich nur wenige Groschen erübrigt und bei der Vollstufzorge in Form einer Versicherung für die Kinder anlegt. Gleichen Wert hat aber auch für ältere Personen der Abschluß einer Versicherung zur Auffahrung eines Notfonds für das Alter.

Die Volksfürsorge, gegründet von den berufenen Vertretern der deutschen Arbeiterschaft, um der Ausnutzung durch die privaten Versicherungsgesellschaften vorzubeugen, bietet größere Vorteile als jede andere Gesellschaft, da alle erzielten Gewinne in vollem Umfange den Versicherten zufließen.

Die Volksfürsorge wird ihren Mitgliedern auch ferner mit Rat und Tat zur Seite stehen und hat durch ihre Bedingungen den Verfall von Policen vollständig ausgeschlossen, so daß die Versicherten auch dann ihrer Rechte nicht verlustig gehen, wenn aus irgendwelcher Ursache eine Unterbrechung in der Prämienzahlung erfolgt.

Die Volksfürsorge nimmt unter anderem Konfirmanden-, Militär- und Aussteuerleistungen schon bei einem Halbmonatsbeitrag von 30 Pfg. entgegen. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen und geschieht die Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung.

Bei Tod durch Unfall wird die volle Versicherungssumme schon im ersten Jahre, bei Tod durch Krankheit nach Leistung von 24 Beiträgen ausbezahlt. Die Volksfürsorge rechnet im Gegensatz der meisten privaten Gesellschaften anstatt mit 52 Wochen nur mit 48 Beitragswochen im Jahre.

Auskunft wird erteilt und Aufnahmen werden entgegengenommen in der Rechnungsstelle, Johannisstraße 48 pt. (Freitag und Sonnabend von 7-9 1/2 Uhr abends), in den Gewerkschaftsbüros und den Verkaufsstellen des Konsumvereins.

Zum Polizeikommissar der Kriminalabteilung anstelle des verstorbenen Herrn Veim wurde Herr Wachtmeister Lönne ernannt.

Im Lübecker Landesverein für das höhere Mädchenschulwesen hielt in der vorigen Woche Fräulein Rankle einen Vortrag, der sich mit den Kriegerheimstätten beschäftigte. In ihren Ausführungen kam nach dem Bericht bürgerlicher Blätter folgende beachtenswerte Stelle vor:

Als 1871 die Krieger in die Heimat zurückkehrten, mußten sie vielerorts erleben, daß ihnen die Miete gestiegen, oder weil sie mit großer Familie versehen waren, die Wohnung gekündigt wurde. Hierdurch traten die schwersten Schäden ein, die mehr als andere Nöte aufzuehend und verbitternd wirkten. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei glaubt auch diesmal, daß eine fürchterliche Entfaltung die heimkehrenden Krieger erwarten wird, und daß dann in der Parteiorganisation aus der staatsverneinenden Minderheit eine Mehrheit werde. Mit allen Mitteln muß man versuchen, dies zu verhindern.

Man kann daraus ersehen, daß es Leute gibt, welche die Kriegerheimstättenbewegung als Mittel gegen die Sozialdemokratie zu verwenden gedenken. Auf solche Weise wird man nur Kriegerheimstättenbewegung diskreditieren, die Sozialdemokratie aber gewiß nicht schädigen.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Verabreichung von Gekochtem, Keilschinken, Handkoffern, Handtaschen usw., die von Reisenden in der hiesigen Gerichtsabfertigungsstelle aufgegeben wurden, verurteilte die Strafkammer am letzten Freitag die Hilfsgepäckträger G. und S. zu je 6 Monaten Gefängnis, die Hilfsgepäckträger Karl S., Wilhelm J. und Paul B., die nur auf gleiche Weise geringe Menge Lebensmittel sich angeeignet hatten, zu je 4 Wochen Haft. — Fleischer diebstahl hat der Schlachter S. im Betriebe von Edward Cadow, wo er beschäftigt war, wiederholt ausgeführt; seine Beute soll mehrere hundert Mark wert gewesen sein. In ähnlicher Weise hat der Musikant W. bei der Firma Scheere Fleisch entwendet. Den größten Teil ihres Diebsteges übergeben die beiden dem Wirt zum Weiterverkauf. Die Strafkammer erkannte gegen W. auf 4 Monate, gegen S. auf 6 Monate und gegen den Wirt wegen gewerbmäßiger Schleicherei zu 1 Jahr Zuchthaus und den Wirtarbeiter C. der von letzterem Fleisch gekauft hatte, wegen einfacher Schleicherei auf 6 Wochen Gefängnis.

Händelfarten. Vom 1. April 1918 ab werden die Preise der Händelfarten zwischen Lübeck und Travemünde erhöht. Von diesem Tage ab dürfen Karten zu den alten Preisen nicht mehr benutzt werden. Die Fahrkartenausgaben werden deshalb im

der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1918 Händelfarten nicht verkauft. Im Besitz von Reisenden befindliche Händelfarten mit der Geltungsdauer bis Ende 1917 oder 1918 können bis zum 1. April 1918 benutzt werden.

60 Kubikmeter Gas beträgt die für den Monat Dezember nach den Bestimmungen über die Einschränkung des Gasverbrauches in Lübeck freigegebene Menge.

Die Ausgabe von Stalldung von Seiten der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau konnte wegen Transportchwierigkeiten noch nicht, wie bekannt gegeben, am 26. d. Monats erfolgen. Nach Eintreffen der ersten Sendungen wird mit der Ausgabe fortgefahren werden. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im Angehehen dieses Blattes.

Der Offenbarungseid leisteten im Monat Oktober ein Mann und eine Frau vor dem hiesigen Amtsgericht.

pb. Kartoffeldiebstahl. Ermittelt und festgenommen wurde ein in Rüdnitz wohnhafter und auf dem Hochsowenwerk beschäftigter Arbeiter aus Scharnhagen, der in Gemeinschaft mit noch zwei Komplizen zu verschiedenen Malen mehrere Zentner Kartoffeln auf einer Hofstelle in Broden gestohlen und diese mittels Handwagens nach Rüdnitz geschafft hatte.

pb. Verhaftet. Auf dem hiesigen Bahnhof festgenommen und dem Marktall-Gefängnis zugeführt wurden zwei russisch-polnische Arbeiter wegen Vergehens gegen das Belagerungsgebot.

pb. Herrenloses Schwein. Von einem in der Krempelsdorfer Allee wohnhaften Arbeiter wurde am Sonntag, dem 25. d. M., ein Schwein im Gewicht von 70 bis 80 Pfd. herrenlos auf dem Bahndamm laufend angetroffen, eingefangen und bei der Polizeiwache St. Lorenz in der Hanfstraße abgeliefert.

pb. Abhanden gekommen ist am 24. d. M. eine goldene Damenuhr mit kurzer silberner Kette. In der Uhr befinden sich die Nummern 2197, 1288 830 und P. St. 15 563.

Segeberg. Hamster und Wucherer. Vor einiger Zeit wurde bei Leezen ein Hamburger Fährwerk mit Hamsterware im Werte von 4000 Mk. (Buchweizen, Roggen, Hafer, Butter und dergl.) angehalten und beschlagnahmt. Als Vermittler der Waren ist ein Gastwirt in Leezen ermittelt worden, der die unter der Hand erworbenen Gegenstände zu Wucherpreisen weitergegeben hat. So sollen für eine Tonne Buchweizen, die für 100 Mark erstanden war, 190 Mk. von den Hamburger Aukäufern gezahlt worden sein. Als Erzeuger und Verkäufer sind eine Anzahl Landleute aus der Umgegend von Leezen in die Angelegenheit verwickelt.

Kiel. Die „Unabhängigen“ und die Stadtverordneten wählen. Zu dem am 28. November stattfindenden Stadtratsordnenwahlen wollen die „Unabhängigen“ es zu einer Kraftprobe kommen lassen. Sie wollen in allen vier Wahlbezirken unabhängige Kandidaten den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei gegenüberstellen. Selbst in den beiden Wahlbezirken, die nach dem Wahlabkommen mit den Bürgerlichen der sozialdemokratischen Partei vorbehalten bleiben sollen, stellen sie Kandidaten auf; ein Beweis dafür, daß es ihnen bei der ganzen Aktion in der Hauptsache nur auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie ankommt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. November. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 20 000 Brutto-Registertonnen. Unter den vorliegenden Schiffen befanden sich zwei große, tiefbeladene Dampfer, von denen einer Munition geladen hatte.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 27. November. Bezüglich der russischen Geheimverträge erzählt der Stockholmer Vertreter der „Post. Ztg.“ aus bester Quelle folgendes: Die Presse-Meldung, daß der frühere

Außenminister Neratow die Original-Verträge in Sicherheit gebracht bezw. dem britischen Botschafter übermitteln habe, ist falsch. Die Denzinsche Regierung ist vielmehr im Besitz von insgesamt 11 Verträgen und rund 60 Notizen, die zwischen August 1915 und Mitte März 1917 zwischen der damaligen russischen Regierung und den Kabinetten von London, Paris und Rom abgeschlossen, bezw. gewechselt worden sind. Gegen die Echtheit der historischen Dokumente kann kein Zweifel obwalten. Die Denzinsche Regierung ist gegenwärtig mit der sorgfältigen Sichtung dieser Aktenstücke beschäftigt, die spätestens Anfangs Dezember beendet sein dürfte, wonach ihre Veröffentlichung im Wortlaute beginnen soll. Die Verträge beziehen sich u. a. auch auf die Sicherung der monarchischen Regierung in Rußland durch die Alliierten und die Anerkennung der Rechte Rußlands auf gewisse Ost- und westpreussische Territorien und Rußlands Recht auf Selbstbestimmung der Befestigungen auf den Alandsinseln auch nach dem Abschlusse des gegenwärtigen Krieges.

Dresden, 26. November. Die Mehrheit der Zweiten Kammer sprach sich für den Kartoffel-Anbau-Zwang aus.

Genf, 26. November. Das französische Ministerium des Auswärtigen gibt bekannt, daß die Entente-Kabinette beschlossen haben, in einem Aufreufe an das russische Volk gegen das Waffenstillstandsangebot der Magimalisten zu protestieren, das eine Verletzung des Londoner Vertrages bedeutet. Frankreich erklärt eine besondere Verwahrung des Bruches des französisch-russischen Bündnisses. Beide Erklärungen werden den Bolschewiki nicht notifiziert.

Die Pariser offiziöse Presse erklärt, die Entente sehe ihre Hoffnung auf die Widerstandskraft der antimaximalistischen Elemente. Sollte aber der Sonderfriede zur Tatsache werden, so würde ganz Rußland die ersten Folgen, die die Entente daraus ziehen müsse, zu tragen haben.

Amsterdam, 26. November. Das „Handelsblad“ meldet aus London: Unter den Fragen, die in der nächsten Woche vom Kriegsrat der Alliierten besprochen werden, befindet sich auch die Frage des Zusammengehens der Flotten der südamerikanischen Staaten mit den Flotten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten. Ein weiterer Gegenstand der Besprechung ist die Versorgung der Alliierten. Neben der Zusammenkunft in Versailles soll eine Konferenz zur Besprechung industrieller und wirtschaftlicher Fragen in London stattfinden.

Amsterdam, 26. November. „Daily Mail“ meldet aus Petersburg: Gegen Kerenski und Terepschikoff ist ein Gerichtsverfahren durch den Prokurator der neuen Regierung eingeleitet wegen angeblicher verbrecherischer Fortsetzung des Krieges nach dem 31. Mai, dem Tage des Friedensbeschlusses der Soldaten- und Arbeiter-Räte Rußlands.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarg Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Interate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wert-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolge rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Bekanntmachung betreffend Fleischverkauf.

In der Bekanntmachung vom 28. November 1917, betreffend den Fleischverkauf in der Woche vom 25. November bis 2. Dezember 1917, muß der zweite Absatz folgendermaßen lauten: Vom 26. November 1917 ab darf nur noch **Griechnwarzt** ohne Fleischmarken abgegeben und einnimmen werden. Sämtliche übrigen Wurstarten fallen unter den Fleischkartenzwang. Lübeck, den 26. November 1917. (3760)

Das Polizeiamt.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend die Einschränkung des Gasverbrauches, zu 5, Absatz 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den Dezember 1917: 60 cbm. Lübeck, 26. November 1917. (3768)

Im Auftrage

des Reichskommissars für die Kohlenverteilung. Der Vertrauensmann Galt. (3755)

Die nach der Bekanntmachung vom 14. November 1917, betreffend die Einschränkung des Gasverbrauches, zu 1. freigegebene Monatsmenge beträgt für den Dezember 1917: 8 Kilowattstunden. Lübeck, den 26. November 1917. (3768)

Im Auftrage

des Reichskommissars für die Kohlenverteilung. Der Vertrauensmann Galt. (3768)

Bekanntmachung der Kriegshilfe, Abt. Kleingartenbau, Stallung.

Die Ausgabe von Stallung kann bis auf weiteres nicht erfolgen, da die beschriebenen Sissarrungen noch nicht eingetroffen sind. Die Bekanntmachung zur Entnahme erfolgt sofort nach Eintreffen der Sendungen.

Der Ausschuss für Kriegshilfe.

- Heinrich Levernann
Marie Levernann
geb. Meins
Vertrauensmann (3768)
Für die zahlreichen Anmerkungen herzlichen Dank. D. O.
Geachtet zu sein eine
Schneiderin.
(3772) Engelstraße 73.

Bekanntmachung betreffend die Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die Volks- und Bezirksschulen.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ötern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1918 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die welche zwischen Ötern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausgenommen werden. Kinder, welche zwischen Michaelis und Ötern sechs Jahre alt werden, ausgenommen werden können, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind.

Ötern, deren Kinder zu Ötern 1918 in eine hiesige oder vorübergehende Volksschule oder in eine Schule des durch Gesetz vom 18. November 1912 einmündigen Gebietes (Travemünde, Fährnis, Schlus, Mols, St. Simeon und (Friedrichsdorf) aufgenommen werden sollen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder selbstständig, spätestens aber bis zum 20. Dezember d. J., bei den Hauptlehrern der betreffenden Volksschulen der betreffenden Schule zu melden.

Bei der Anmeldung ist der Taufchein in dessen Ermangelung der Geburtschein und bezüglich derjenigen Kinder, die ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Wiederimpfung vorzulegen. (3769)

Lübeck, d. 26. Novbr. 1917.

Die Oberamtbehörde.

Ma bestell. eine Zeitung mit Soldaten, Schlachter L u. Wetzmar, 27. 9. 12. (3764) Wetzmar 44. I
Ma bestellen im Liegestuhl u. Laubsägekast. (3772) D. O. 7. I
Gebr. guterhaltenes Klavier zu kaufen oder zu verkaufen gesucht. Erg. u. H. K. 19 am d. Ggg. (3767)

Mittelschulen.

Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern 1918 aufzunehmenden Kinder hat vom 1. bis 15. Dezember bei den Hauptlehrern der 1. Knaben- und 3. Knaben-Mittelschule an den Schulstufen zwischen 12 und 1 Uhr, der 1. Mädchen-Mittelschule und der St. Lorenz-Mittelschulen an den 3 ersten Schulstufen der Woche von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr, an den letzten 3 Schulstufen der Woche von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr zu erfolgen.

Bei der Anmeldung ist vorzulegen: 1. der Taufchein oder, wenn dieser nicht vorhanden ist, der Geburtschein des Kindes; 2. der Schein über die Wiederimpfung, wenn das Kind über 12 Jahre alt ist; 3. das letzte Schulzeugnis, wenn das Kind bereits eine andere Schule besucht hat. (3776)

Lübeck, d. 26. Novbr. 1917.

Die Oberamtbehörde.

Ein Puppenwagen zu kaufen gesucht. Anach. mit Bretz u. M. W. an die Ggg. (3765)

Berl. v. Witwe a. Babnh. Sonntag ab. Wort. m. Fnh. D. Herr, m. es aufm. m. gebet. es arg. aut. Vel. ab. up. Wiededeit. 56, II. (3766)

Verloren ein Portemonnaie m. Inhalt Gegen eine Belohnung abgegeben. (3771)

Anm. Nr. 44, I.

Danksagung.

Für die grosse Beteiligung und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sprechen wir hiermit allen, die uns ihre Teilnahme erwiesen, unsern herzlichsten Dank aus. Magdalene Krohn geb. Lübeck und Sohn. Lübeck, November 1917. (3756)

Zum Besten der Weihnachtsliebesgaben für Heer und Flotte (Kaiser- und Volksdanf)

gingen bis 24. November an Beträgen (3778) Mk. 13 845.71

ein. Einzelsummen sind in Nr. 558 der Lübb. Anz. vom 26. November veröffentlicht. Da jeder Mann im Heer und Flotte mit einem Liebesgabenpaket zu Weihnachten versehen werden soll und Lübeck die Aufgabe hat, etwa 25 000 Pakete im Werte von etwa 5.- Mk. zu liefern, wird dringend um weitere Gaben gebeten. Lübeck, 26. November 1917.

Bereine vom Kofen Kreuz. Ausschuss zur Sammlung von Liebesgaben für die Marine.

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Diszgruppe Lübeck.

Nachruf.

Infolge eines Unfalles verstarb am 24. November unser Kollege, der Schachtarbeiter Friedrich Beth. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. 3757 Der Vorstand.

Kriegsfüchen.

Donnerstag und Sonnabend Reichsliste m. brinocn. (3761)

Hansa-Theater.

Dienstag, den 27. November, abends 7 Uhr: (3755)

Die ledige Ehefrau.

Stadttheater.

Dienstag, den 27. Novbr. 1917 Anfang 7 Uhr:

Tanzabend von Hannelore Ziegler vom Großherzoglichen Hof- und Nationaltheater, Mannheim. Dazu:

Die schöne Galathee.

Operette von Fr. v. Suppé. Mittwoch, den 28. Nov. 1917 Anfang 7 Uhr:

Die Csardasfürstin.

Operette von Kálmán. Donnerstag, d. 29. Nov. 1917 Anfang 6 1/2 Uhr:

Die Hugenotten.

Bersammlung der Lübecker Bürgerchaft.

b. Lübeck, 26. November.

Vorsitzer Dr. Görk eröffnet um 6 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Die beiden ersten Anträge: Staatliche Aufwendungen für die Schaffung eines größeren industriellen Unternehmens bei der Herrenbrücke und Grundstücksaustrausch mit der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft wurden in geheimer Sitzung beraten und genehmigt.

3. Antrag: Verstärkung der Mittel für den Teerhof für das Rechnungsjahr 1917.

4. Antrag: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918, betreffend den Elbe-Trave-Kanal.

5. Antrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben der Baubehörde im Rechnungsjahr 1916.

Diese Anträge werden ohne Debatte angenommen.

6. Antrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben der Armenbehörde im Rechnungsjahr 1916.

Dr. Ziehl erkundigt sich nach der Vorlage, die sich mit der Stiftungsbehörde und der Verwaltung von Stiftungen beschäftigt und fragt, wann sich die Bürgerchaft damit beschäftigen soll.

Die Senatsantwort ist am Freitagabend unverändert.

7. Antrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben des Allgemeinen Krankenhauses im Rechnungsjahr 1916.

8. Antrag: Beschaffung eines zweiten Motorbootes für das Hafensamt.

Werdert ohne Debatte angenommen.

9. Antrag: Nachbewilligung auf die Ausgaben des Polizeiamtes im Rechnungsjahr 1916.

Jenne verweist auf die neue Polizeiverordnung über das Offenhalten der Bureaus und bedauert, daß nicht genügend Zeit zur Reinigung großer Bureauräume gewährt werde.

Senator Dr. Lienua erkundigt sich nach der Vorlage, die sich mit der Stiftungsbehörde und der Verwaltung von Stiftungen beschäftigt und fragt, wann sich die Bürgerchaft damit beschäftigen soll.

Die Senatsantwort ist am Freitagabend unverändert.

10. Antrag: Nachtrag auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahr 1916.

Wird ohne Debatte genehmigt.

11. Antrag: Dritter Nachtrag zum Ausführungsgehe zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 30. Oktober 1899.

Hoff erwähnt den Beschluß des Bürgerausschusses über das Jugendamt, nach welchem darin zwei Vertreter der Arbeiter sein sollen.

Senator Dr. Lienua sagt weitgehende Berücksichtigung zu. Sievers spricht sich ebenfalls für verlängerte Geschäftszeit, insbesondere bei Inventuraufnahmen aus.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

12. Antrag: Nachtrag auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahr 1916.

Wird ohne Debatte genehmigt.

13. Antrag: Dritter Nachtrag zum Ausführungsgehe zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 30. Oktober 1899.

Hoff erwähnt den Beschluß des Bürgerausschusses über das Jugendamt, nach welchem darin zwei Vertreter der Arbeiter sein sollen.

Senator Dr. Lienua sagt weitgehende Berücksichtigung zu. Sievers spricht sich ebenfalls für verlängerte Geschäftszeit, insbesondere bei Inventuraufnahmen aus.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

14. Antrag: Nachtrag auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahr 1916.

Wird ohne Debatte genehmigt.

15. Antrag: Dritter Nachtrag zum Ausführungsgehe zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 30. Oktober 1899.

Hoff erwähnt den Beschluß des Bürgerausschusses über das Jugendamt, nach welchem darin zwei Vertreter der Arbeiter sein sollen.

Senator Dr. Lienua sagt weitgehende Berücksichtigung zu. Sievers spricht sich ebenfalls für verlängerte Geschäftszeit, insbesondere bei Inventuraufnahmen aus.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

16. Antrag: Nachtrag auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahr 1916.

Wird ohne Debatte genehmigt.

17. Antrag: Dritter Nachtrag zum Ausführungsgehe zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 30. Oktober 1899.

Hoff erwähnt den Beschluß des Bürgerausschusses über das Jugendamt, nach welchem darin zwei Vertreter der Arbeiter sein sollen.

Senator Dr. Lienua sagt weitgehende Berücksichtigung zu. Sievers spricht sich ebenfalls für verlängerte Geschäftszeit, insbesondere bei Inventuraufnahmen aus.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

18. Antrag: Nachtrag auf die Ausgaben der Friedhofsbehörde im Rechnungsjahr 1916.

Wird ohne Debatte genehmigt.

19. Antrag: Dritter Nachtrag zum Ausführungsgehe zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 30. Oktober 1899.

Hoff erwähnt den Beschluß des Bürgerausschusses über das Jugendamt, nach welchem darin zwei Vertreter der Arbeiter sein sollen.

Senator Dr. Lienua sagt weitgehende Berücksichtigung zu. Sievers spricht sich ebenfalls für verlängerte Geschäftszeit, insbesondere bei Inventuraufnahmen aus.

auch die Bürgerchaft im gleichen Sinne beschloß; dann werde der Senat seinen Widerstand aufgeben.

Regierungsrat Dr. Lange erklärt, der Senat könne ein Bedürfnis für eine solche Erweiterung des Jugendamtes nicht anerkennen. Die Kleinarbeit werde von den Beamten und Weisenpflanzern in der Hauptsache geleistet.

Hoff: Ich bitte Sie, den Worten des Herrn Regierungsrats Dr. Lange nicht zu folgen, der die Sache so hinzustellen versucht, daß bei zwei Vertreter im Jugendamt die anderen Stände nicht genügend berücksichtigt seien.

Die Vorlage wird nach dem Antrag des Bürgerausschusses mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

12. Antrag: Nachträgliche Bewilligung und Anweisung der der Betriebsbehörde im Rechnungsjahr 1916 aus Anlaß des Arzenei-entzündenden außerordentlichen Ausganges.

Wird einstimmig angenommen.

13. Antrag: Sachverständigenhonorar in Eisenbahnangelegenheiten.

Dimpler wünscht, sobald als möglich die Arbeiten der Lübecker Hafen- und Industriegefäße beschleunigt zu sehen.

Der Senatstischler erklärt, dieser Forderung werde unter allen Umständen sofort entsprochen werden.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

14. Antrag: Verlängerung der Amtsdauer der Richter des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß 9 Uhr.

„Tödliches Gift für ein um seine Zukunft ringendes Volk.“

Eine ganz verächtliche Sorte Presse sind manche frommen Erbauungs- und Sonntagblätter beider christlichen Konfessionen; sie sind in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt, sie entziehen sich der Kontrolle und werden doch in Millionen Exemplaren in die Hände verbreitet.

einer solchen Konversation folgen zu können. Desto peinlicher fiel ihr die Aufgabe, welche ihr geworden war.

Murat sprach den Ertrückungen mit sehr gnädigem Appetit zu. Er leerte in ungläublicher Schnelligkeit eine Flasche uraltten Rheinweins aus dem schönsten der geschliffenen Gläser, das Sibylle vor ihm aufgestellt hatte.

Sie lange genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Sie haben genug die unerwideltliche Wirrin gemacht und sind hin und her gelaufen. Ich bulde nicht, daß Sie sich länger ermühen, Mademoiselle. Sehen Sie sich zu uns. Ich besuche darauf, Sie mit dem Nachbar, den ich Ihnen gebracht habe, zu befreundeten, stoßen Sie mit ihm an auf gute Freundschaft.

Und sein Dankgebet sendet das Blatt zu Gott, daß der Reichstag nach Hause gegangen und seine Stimme nicht mehr hören läßt. Das fromme Dankgebet ist aber gemischt mit sätzigen Lästereien der Reichstagsabgeordneten.

Uffersand Achtung vor einer solchen pastoralen Leistung, die sich nach auf „Ehrung der Trümmer des Burgfriedens“ beruft. Nach der Art sind wohl die Männer, die das Reich braucht.

Eine gelbe Organisation der Kriegsbeschädigten?

In einigen Parteiblättern lesen wir: Im Mai dieses Jahres wurde in Eilen ein „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter“ gegründet. Die Hauptmacher waren ein Kruppischer Maschineller und der Herausgeber einer Zeitschrift, die unter dem Pseudonym der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Ausgestaltung einer Anstaltenanlage und die Verbreitung von schundmächtiger Unterhaltungsliteratur zum Zweck dieses Verlegers betriebe.

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schilding.

11. Fortsetzung. Wir kommen als ungelebene Gäste in Ihr Haus, Mademoiselle,“ sagte Murat mit großer Freundlichkeit, aber in sehr gebrochenem Deutsch zu dem jungen Mädchen.

„Die Ehre ist also desto größer für uns,“ versetzte Sibylle sich tief verbeugend.

„Aber auch die Last, die wir Ihnen verursachen!“

„Wenn Ew. Hoheit fürnehmen wollen mit dem, was ein bergisches Bürgerhaus zu bieten vermag, so ist das eine so große Gnade für uns.“

Murat ließ sie nicht ausreden.

„Welche schönen Sträuße machen Sie da,“ fuhr er fort, „wenn einer davon für mich bestimmt ist, so geben Sie ihn mir.“

Sibylle nahm eine weiße Rose aus der noch ungeordneten Blumenfülle vor ihr und überreichte sie dem Großherzog.

„Merci, mein Kind,“ sagte er, „obwohl ich lieber gesehen, daß sich Ihr Cadeau in die Farben eines etwas lebhafteren Gemüthes gekleidet hätte.“

„Merckenswerth hier, Antelle,“ versetzte dieser lächelnd.

„Aber,“ fuhr Murat zu dem jungen Mädchen gewandt fort, „Sie bewahren so etwas sicherlich für Ihren neuen Nachbar auf, den ich Ihnen hiermit präsentiere — der Herr Graf Antoine von Epaville!“

Der hinter dem Großherzog stehende Herr verbeugte sich mit einer gewissen nachlässigen und hochmütigen Grazie.

Die Forderung der sofortigen Herausziehung der Renten ist nicht weiter als ein Ruf und an sich genau so erbärmlich und verarmungswürdig wie die Streikbewegung im Lande zu einer Zeit, wo Millionen unserer Brüder in der Front um unser Dasein und Bestand unseres Vaterlandes kämpfen und Tausende und abermal Tausende zu jeder Stunde des Tages ihr kostbares Leben für uns aufgeben. Wir erklären hiermit laut und deutlich, daß wir, der gesamte Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Arbeiterbeschädigter für das Deutsche Reich, dieser Massenpetition nicht zustimmen und sie weder gutheißen noch unterstützen.

Im weiteren erklärt Herr Adolf die erhebliche sofortige Herausziehung der Renten für vollständig unmöglich. So sieht eine Organisation aus, welche die Interessen der Kriegsschädigten zu verteidigen vermag? Sie erklärt die Herausziehung der Renten für unmöglich zu einer Zeit, in welcher der Hauptausgang des Reiches in der Hand der Einkünfte liegt, in welcher es sehr wohl möglich ist, die gesamte Familienunterstützung zu erhöhen und Millionen Beamten Versorgungsanlagen zu gewähren. Dies eine Lösung wird wohl genügen, um den Kriegsschädigten zu helfen, daß der Eiserne Verband aus gelber Rücksichtnahme auf die Wünsche des Unternehmertums und gewisser Behörden ihre Interessen vollständig preisgibt.

Weiter wird aus Dortmund berichtet: Die wirtschaftliche Vereinigung Kriegsbeschädigter (Eisen) tritt jetzt als Kommunalwählerpartei gegen die Sozialdemokratie auf! In Bradel bei Dortmund fand für einen im Jahre gefallenen sozialdemokratischen Vertreter eine Ersatzwahl zur Gemeindevorstandung statt. Während unsere Genossen annahmen, daß ihnen die Wiedererhebung des erledigten Mandates kampflos überlassen werden würde, traten am Wahltage nicht nur die Zentrumspartei, sondern auch die Ortsgruppe der wirtschaftlichen Vereinigung Kriegsbeschädigter als Mitbewerber auf. Das Zentrum kam auf 30, die Eisener auf 10 Stimmen, aber der sozialdemokratische Kandidat Bergmann stellte sich mit 18 Stimmen Sieger. Die besondere Kandidatur der Eisener Kriegsbeschädigten-Organisation wird jedenfalls allgemeine Aufmerksamkeit finden. Die Organisation hat jetzt zum ersten Male die Masse völlig fallen lassen und gezeigt, daß sie, die eine Kernauffassung der wirtschaftsfriedlichen Werkzeuge unter Leitung eines Beamten von Krupp ist, die gelben Bahnen der Unheilvollmährigkeit geht. Leider hat ihre laute Agitation auch nicht wenige sozialdemokratische und Sozialdemokraten in ihre Reihen gelaufen. Und wenn die sich noch abwartend verhalten, wird durch den Versuch der Sozialdemokratie ein Gemeindevorstand abzugeben, das bei den Jahren beiseite hat, der wahre Charakter dieser Kriegsbeschädigten-Organisation deutlich erkennbar werden. In der Eisener Form ist die Organisation der Kriegsbeschädigten eine Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung.

Neue Steuerprojekte.

Die Kriegskosten wachsen ins Riesenhafte, und unsere Finanzverhältnisse werden daher unausgesetzt an die Deckung der ungeheuren Schulden. Es kann unmöglich ins Blaue hinein gehandelt werden: Man um unsern Kredit im neutralen Ausland nicht noch mehr zu verlieren. Unsere Steuer- und Zehnerverträge haben wesentlich auch mit der Zukunft zusammenhangend nach der Art namhafter Nationalökonomien würde unter dem Namen im Ausland nicht so weit heruntergedrückt werden sein, wie das augenblicklich der Fall ist, wenn die Verbindung unserer Schuldenlast eine geordnete Deckung gesichert hätte. Um diese zu erreichen, ist neuerdings vorgeschlagen worden, die Warenumsatzsteuer von einem vom Lande auf ein vom Hundert zu erhöhen, jedoch statt 500 Millionen fünf Milliarden jährlich durch diese Steuer aufgebracht würden. Das bedeutet unbedingt eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern, denn diese neuen Steuern würden auf die Verbraucher abgewälzt werden, die große Masse des Volkes aber ist auch der größte Teil der Verbraucher. Wie sich die Sozialdemokratie hierzu stellen wird, kann daher nicht zweifelhaft sein. Schon tröstlich fortgeschrittenen Zeitungen, daß die Warenumsatzsteuer nicht so hoch hinaufgeschraubt werden sollte wie angekündigt worden ist. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Im Reichstagatam sind zwar alle möglichen Vor schläge Gegenstand der Erwägung und der Erörterung, und neben andern Plänen wird auch eine Erhöhung der Warenumsatzsteuer erwogen. Jene, welche endgültigen Entschlüsse sind aber auch bis heute nicht getroffen. Ganz ausgeschlossen aber ist es schon heute, daß der gesamte Finanzbedarf jemals allein durch die Warenumsatzsteuer gedeckt werden kann und soll, und eine Erhöhung der Zölle um das Zehnfache wird von der zünftigen Seite direkt als eine phantastische, nicht ernst zu nehmende Idee bezeichnet.“

Die hohen Zinsrenten in Deutschland fräuben sich mit aller Gewalt dagegen, daß die großen Einnahmen und Vermögen nach englischen Muster fest angelegt werden. So wendet sich die „Freil. Ztg.“ gegen die Schrift des Berliner

Prof. Dr. Jastrow, „Gut und Blut fürs Vaterland“, die für ein großes „Vermögensopfer“ zur Abhinderung von einer Kriegslast eintritt. Das freimüthige Blatt hat der „Deutschen Tagesztg.“ aus dem Herzen gesprochen, welche hierzu bemerkt: „Wir können der „Freil. Ztg.“ nur das Zeugnis geben, daß sie die bezüglichlichen Ausführungen Jastrows in ihrer völligen Unhaltbarkeit im wesentlichen richtig bewertet. Durchaus zutreffend lagt das führende Freimüthige Blatt im Hinblick auf Jastrows Vorschläge: „Ja, um des Himmels willen, geht denn Jastrow wirklich darauf aus, Anarchisten zu züchten? Kein linksradikaler Internationaler könnte besser dem deutschen Volke die Freude am Vaterlande verleiden und aus einer ruhigen Einwohnererschaft eine erbitterte und verheerliche Revolutionsgesellschaft schaffen, als es Maßnahmen bewirken, die unser Verfasser (Jastrow) anpreist.“

Anscheinend können nach Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“ im Volke durch die Lastenüberbürdung Anarchisten neuzüchtet werden; nur daß das in oberen Kreisen nicht geschieht. Nun, das deutsche Volk würde schon mit dieser fertig werden; wenn es nur bei der nächsten Reichstagswahl seinen Willen hierzu entschieden kundgibt.

Ernährungsfragen.

Die Bergarbeiter fordern eine Erhöhung der Kartoffelration. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, die Gewerkschaft der Bergarbeiter für Kohle und Sandarbeiter hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der dringend um Erhöhung der wöchentlichen Kartoffelration auf 10 Pfund ersucht wird. Die Kartoffelration sei in diesem Jahre so ausgemessen, daß die 10 Pfund bei autem Willen wirklich abgeholt werden könnten. Wenigstens müsse diese Menge der Bevölkerung der Großstädte und Industriebezirke zur Verfügung gestellt werden. Auch gegen die sich bemerkbar machenden Preise für Kartoffeln müsse eingegriffen werden.

25 Jahre Parteio rganisation in Polen

In diesen Tagen konnte die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Am 21. November 1892 versammelten sich zu einer Konferenz in Paris 18 polnische Sozialisten aus russisch-Polen. Ziel der Beratungen, deren Vorsitz Boleslaus Limanowski führte, war die Gründung einer polnischen Partei im Lande. Die polnische sozialistische Bewegung war infolge des Drucks der russischen Regierung vollständig gesplittet. Nach heftigen Besprechungen war die Gründung einer Partei unter dem Namen „Polnische Sozialistische Partei“ beschlossen. Die Konferenzteilnehmer begaben sich ins Land, um die nötige Organisationsarbeit zu beginnen. Das Programm der neuen Partei unterschied sich von allen bisherigen dadurch, daß es ein klares politisches Prinzip enthielt. Die Polnische Sozialistische Partei forderte eine „selbständige demokratische Republik“. Der polnische Sozialismus war sich bewußt, was er sein sollte: ein Kampf des Proletariats um Selbstbefreiung des unterjochten Vaterlandes. Dessen Befreiung zur Unabhängigkeit ist die polnische Sozialistische Partei treu geblieben: Sie behauptete stets, daß die Frage eines selbständigen Polens nur durch die soziale Revolution lösbar sei. Der Krieg hat die polnische Partei ihre bisherige Stellung zur nationalen Frage. Ihr genügt ein selbständiges Polen mit Rußland verbunden.

Anfang 1903 wurde in der Partei eine „Kampfor ganisation“ gegründet, die einen regulären revolutionären Kampf gegen die russische Autokratie führte. In dieser Organisation vermittelten sich alle, die am Prinzip der Unabhängigkeit Polens festhielten. Der Streit in der Partei aber wuchs immer mehr, jedoch es im November 1905 zu einer Spaltung kam. Aus dem Parteitag in Wien schied die damalige Mehrheit, die „Kampfor ganisation“ aus der Partei zu entfernen. Die dem Parteit Programm treu gebliebenen Genossen organisierten sich in der „Polnischen Sozialistischen Partei“ — revolutionäre Kraft an. Diese letzten zwei Worte wurde im Jahre 1909 geschrieben. Die andere Richtung nannte sich auch „Polnische Sozialistische Partei“, ihre Anhänger aber sind bekannt als die „Linken“. Die Linken umfassen beiden Parteien ist bis heute geblieben. Die Polnische Sozialistische Partei kämpfte stets für Unabhängigkeit: Sie hat auch nicht gekümmert, im August 1911 in den Reihen der Genossen unter der Führung ihres alten Kampfgesellen Josef Piłsudski den Kampf aufzunehmen. Die „Linken“ aber, die ihren Geist von Rosa Luxemburg schöpfen, sind nur für Propaganda, denn „eine soziale Revolution kann Polen befreien“. Wir haben jetzt die folgende Einteilung in Polen: Die ganze Internationale erkennt das Recht Polens zur Unabhängigkeit an, während die polnischen „Linken“ und die „Sportfaschisten“ dagegen sind. Auf welcher Seite die Arbeiterkraft steht, zeigt das Wahlergebnis zu den Stadtgemeinden. Trotz des Kuriastrafens gelang es der polnischen Sozialistischen Partei, in den Stadtverordnetenversammlungen 40 Stadträte einzuführen. Das Zentralorgan der Partei ist die „Zbroja Robotnicza“ (Arbeiter-Zeitung). Mit der Verbreitung Polens zum russischen Reich im Jahre 1913 entwickelte die P. P. S. eine rege Tätigkeit. Die Organisation wurde ausgebaut, die gesellschaftliche und die gewerkschaftliche Bewegung gefördert. Damit wurde auch der Einfluß der Partei im polnischen Leben. Dank der polnischen Sozialistischen Partei wurde das Arbeiterministerium gegründet, das wichtige Geleise zum Schutze der Arbeit vorbereitet.

Aus der Partei.

Genosse Dr. Arthur Schall, der sozialistische Agrarpolitiker, ist nach einer Redung aus Königsberg, wo er zum Kriegsanwalt abkommandiert worden war, im Alter von noch nicht 40 Jahren an den Folgen einer Lungenerkrankung gestorben. Seine tiefgehenden gesellschaftlichen Arbeiten haben in allen revolutionären Kreisen berechtigtes Ansehen erregt. Die „Vostok-Zeitung“ bemerkt zu der Todesnachricht: „Schon seine ersten Arbeiten, deren Veröffentlichung 1905 in den „Sozialistischen Monatsheften“ erfolgte, wackten seinen Namen weit über den Kreis seiner Partei hinaus bekannt, kein weiteres Wirken wurden von allen politischen Klängen und von der Landwirtschaft mit Aufmerksamkeit und Anerkennung verfolgt. Mit Rest galt der leider früh Verstorbene als einer unserer hoffnungsvollsten Agrarpolitiker.“

Unter Vorsitz gefestigte wurde die „Arbeiterliga“ in Eisen wegen des Berichtes über die Antidemokratie, die am 19. ds. Mts. in Eisen mit dem Genossen Ebert als Redner antrat.

Brügelzenen im Mai.

Der Satz eines christlichen Heims wird von bürgerlichen Vätern als ganz besonderer Vorschlag der Dienstleistungen geäußert. Mehrwöchige Erfahrungen mit dem Satz eines überaus christlichen Heims hat die thüringische Frau B. gemacht, die als Kinderbetreuerin bei dem Pfarrer Emil Krause in Saarnand in Stellung war und sich jetzt auf die Anzeige ihres Dienstherrn zusammen mit ihrer Mutter wegen Diebstahls, Hausfriedensbruchs und Bedrohung vor dem Schöffengericht Potsdam verantworten sollte.

Die Verhinderung förderte folgenden Tatbestand: Am 1. Juni trat die 17-jährige Frau ihren Dienst im Pfarrhaus an. Be-

handlung und Beförderung waren derart schlecht, daß das Mädchen seine Mutter bitten wollte, sie wieder fortzunehmen, aber der Herr Pfarrer verhinderte das, indem er vor dem Mädchen sagte es sei Schreckmaterial verschloß. Erst auf Umwegen gelang es dem Mädchen, ihrer Mutter Nachricht zukommen zu lassen. Diese erschien am 19. Juni und verlangte vom Pfarrer Krause die sofortige Herausgabe ihrer Tochter, „mal da diese erst vor wenigen Tagen wieder von der Frau Pfarrer zwei Stunden über den Rücken erhalten hätte. Pfarrer Krause jedoch weigerte sich, das Mädchen vor dem 1. August zu entlassen. Frau erklärte, daß sie ihre Tochter keinen Mißhandlungen mehr aussetzen wolle, daß ihr auch die sonstige Behandlung ihrer Tochter nicht passe, die, obwohl sie als Kindermädchen angestellt sei, und trotz eines nervrüttelten Fußes bis nachts um 1 Uhr Wasser tragen müsse, und dabei noch Hunger lichte. Als Frau Br. sich darauf nach dem Bodenstübchen ihrer Tochter begab, stürzte Pfarrer Krause auf sie zu und griff ihr in die Haare, dann verheerte er ihre Schilke ins Gesicht und verhaselte, sie die Zeyge herunterzuscheren. Frau Br. klammerte sich mit der einen Hand am Geländer fest, mit der anderen zog sie ihre Hutnadel heraus und rief dem Pfarrer zu: „Ich liebe Sie tot, wenn Sie mir mein Kind nicht herausgeben! Der Pfarrer ließ darauf von ihr ab. Frau Br. eilte zum Gemeindevorsteher Schulte, der jede Einmischung ablehnte. Nach ihrer Rückkehr nahm sie die Tochter mit der Mutter aber verweigerte die Herausgabe des Hutes und sämtlicher Sachen. Als nach acht Tagen das Mädchen ihre Sachen abholen wollte, wurde ihr der Einlaß verweigert. Ein paar Tage darauf kam sie mit der Mutter und einer Freundin wieder. Diesmal ließ der Pfarrer das Mädchen allein ins Zimmer, wo bereits der Korb stand. Er verlangte die Deckung des Korbes. Der Korb war voll bis zum Rand mit Brot. Der Pfarrer verlangte, daß sie jedes Stück einzeln herausnehme. „Bis auf den Grund“, befahl er. Im Boden des Korbes fanden sich plötzlich 4 Pfund Mehl, 2 Pfund Kartoffeln und 1 Pfund weiße Kohlen sowie ein Glas eingewickeltes Fleisch. Das Mädchen packte ihre Habseligkeiten zusammen und zog mit dem Korb von dannen. Der Pfarrer stellte die Strafanträge wegen Diebstahls gegen das Mädchen, wegen Hausfriedensbruchs, Bedrohung und Verleitung zum Diebstahl gegen die Mutter.

Die Verhinderung, in der die von Rechtsanwalt Dr. Theodor Liebnicht verteidigten Angeklagten jede Schuld bestritten, erachtete ein solches Bild, daß der Herr Pfarrer sich nämlich bemerkt fühlte, alle von ihm gestellten Strafanträge zurückzuziehen. Damit fielen alle Anklagen bis auf den der Bedrohung. Auch hier erkannte das Gericht gemäß dem Antrag des Amtsanwalts auf Freisprechung und Einstellung des Verfahrens. In der Verhandlung wird angeklagt, daß von Bedrohung gar keine Rede sein könne, denn die Frau habe die Hutnadel nur zur Wehr benutzt. — Wird nun der Herr Pfarrer weiter seinen Schäflein christliche Sanftmut predigen?

Aus Nah und Fern.

Lebensteuer. Aus Stockholm wird berichtet: Ein auf einer wohnlichen umfanzoreichen Feuer wütet seit Montag in den Gassen der Stadt in Karlar der Besse. Feuermasse im Werte von sieben Millionen Kronen steht in Flammen.

100 000 Mark erzwunden. Groß angelegte Schwindereien betreiben zwei Männer aus der Provinz, die ihre Opfer zum Abschluß der „Geschäfte“ nach Berlin locken. Schon mehrere größere Vermögenswerte, die ihnen nach den bisherigen Ermittlungen über 100 000 Mark einbrachten, sind ihnen gelungen. So wurden einem Geschäftsmanne in einer großen Provinzstadt von einem angelegten Zahlmeister durch den Fernsprecher eine große Menge „Lebensmittel“ zum Kauf angeboten. Der Geschäftsmanne ging darauf unter der Bedingung ein, daß ihm die Freigabe der Ware unbedingte nachgewiesen werde, und kam zum Abschluß des Geschäfts nach Berlin. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße empfing ihn ein Mann, der sich als Angestellter der Z. G. G. vorstellte und ihn nach einem großen Hotel führte, in dem der Zahlmeister wohnte. Der „Zahlmeister“ legte eine Aufstellung über den Warensatz vor, der auf einem Bahnhof in der Provinz lagern sollte und eine Befreiung der Freigabe von der Militärbehörde war. Man wurde auf 30 000 Mark handelseinig, und der Geschäftsmanne zahlte den Kaufpreis gleich aus. Als er sich später auf dem betreffenden Bahnhof in der Provinz nach den Waren erkundigte, erfuhr er, daß dort nichts lagerte. Ähnlich haben die beiden Freunde, die noch nicht ermittelt werden konnten, auch in den anderen Fällen gearbeitet.

Sprechsaal.

Der Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Not der Kriegerfrauen.

Während in Hamburg die Unterstützung für Kriegerfrauen um 15 Mk. und 7,50 Mk. für jedes Kind erhöht worden ist, glaubt man in Lübeck mit einer Erhöhung von 5 Mk. auszukommen. Wie sollen wir das anfangen? Ich habe zwei Kinder und muß den Monat bezahlen für: Butter usw. 4,32 Mk., Brot 10,32 Mk., Fleisch (ein Pfund die Woche) 9,20 Mk., Seife 1,59 Mk., Zucker 2,25 Mk., Kartoffeln 7,56 Mk., Milch (1 Liter den Tag zu 24 Pfg.) 7,20 Mk., das sind zusammen auf 42,35 Mk. für Lebensmittel, die es auf Karten gibt. Brotaufschlag, Mühlenfabrikate und Gemüse sind nicht dabei. Als Schlemmer kann es aber doch wohl nicht betrachtet werden, wenn wir auch einmal etwas Gemüse oder einmal Hühner haben wollen, denn Brot und Kartoffeln sind auch nicht zum Fetten. Meine habe ich 20 Mk. den Monat zu zahlen. Dann habe ich meine Kinder in einer Versicherung, die 4 Mk. den Monat kostet. Von meiner Unterstützung bleiben mir also nach Abzug der Miete und obigen 42,35 Mk. noch 21,65 Mk., davon sollen Heizung, Kleidung, die Ausgaben für Gemüse usw. bezahlt werden. Die Preise für Feuerung sind so hoch, daß nicht mehr viel übrig bleibt. An Kleidung und Schuhe ist nicht zu denken. Mein Mann ist am ersten Mobilfunktagstage eingeschlagen. Jene, welche Anschaffungen habe ich nicht machen können. Jetzt gehen Wäsche und Kleidungsstücke kaputt, wofür soll ich Ersatz nehmen? Was ich habe ist den Kindern von getragenen Sachen etwas zurück geblieben, nun ist aber nichts mehr vorhanden. Wäsche habe ich im August gekauft, jetzt ist sie total kaputt. Die Schuhe für die Kinder sind entzweit, neue kann ich nicht kaufen. Strümpfe sind nicht vorhanden und dabei habe ich nur zwei Kinder von 3 und 5 Jahren. Wo mehrere und größere Kinder sind, ist es noch weit schlimmer. Ich würde gern arbeiten, aber vorerst ist hier jetzt im Winter keine Arbeit und wo soll ich mit den Kindern bleiben? Kinderlos gibt es in den eingemeindeten Orten nicht. Im Sommer habe ich die Kinder den Nachmittags der Straße anvertraut und habe gearbeitet, aber wo findet man eine Stelle, wo halbe Tage gearbeitet werden kann, und jetzt im Winter können die Kinder auch nicht allein bleiben. Heimarbeit gibt es hier auch nicht. Dann gibt es unter den Kriegerfrauen viele, die nicht fähig sind, schwere Arbeiten zu verrichten. Vielleicht klagt mir einer der Herren von der Unterstützungskommission, wie wir Kriegerfrauen es anfangen sollen, mit der jetzt gewährten Unterstützung auszukommen. Kartoffeln würden wir uns auch gerne einkaufen, aber wozu? Wäre es nicht möglich, daß für Kriegerfrauen besondere Gusssteine ausgegeben werden und allmonatlich etwas von der Unterstützung abgezogen wird? Sonst werden nicht viele Kriegerfrauen in der Lage sein, Kartoffeln unter der Woche einzukaufen; sie werden also, da der pfundweise Einkauf sich wesentlich teurer gestaltet, besonders hart getroffen. Eine Kriegerfrau.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gänzlich in Lübeck.